# Der schwedische Heiratsplan des Grossen Kurfürsten.

Von

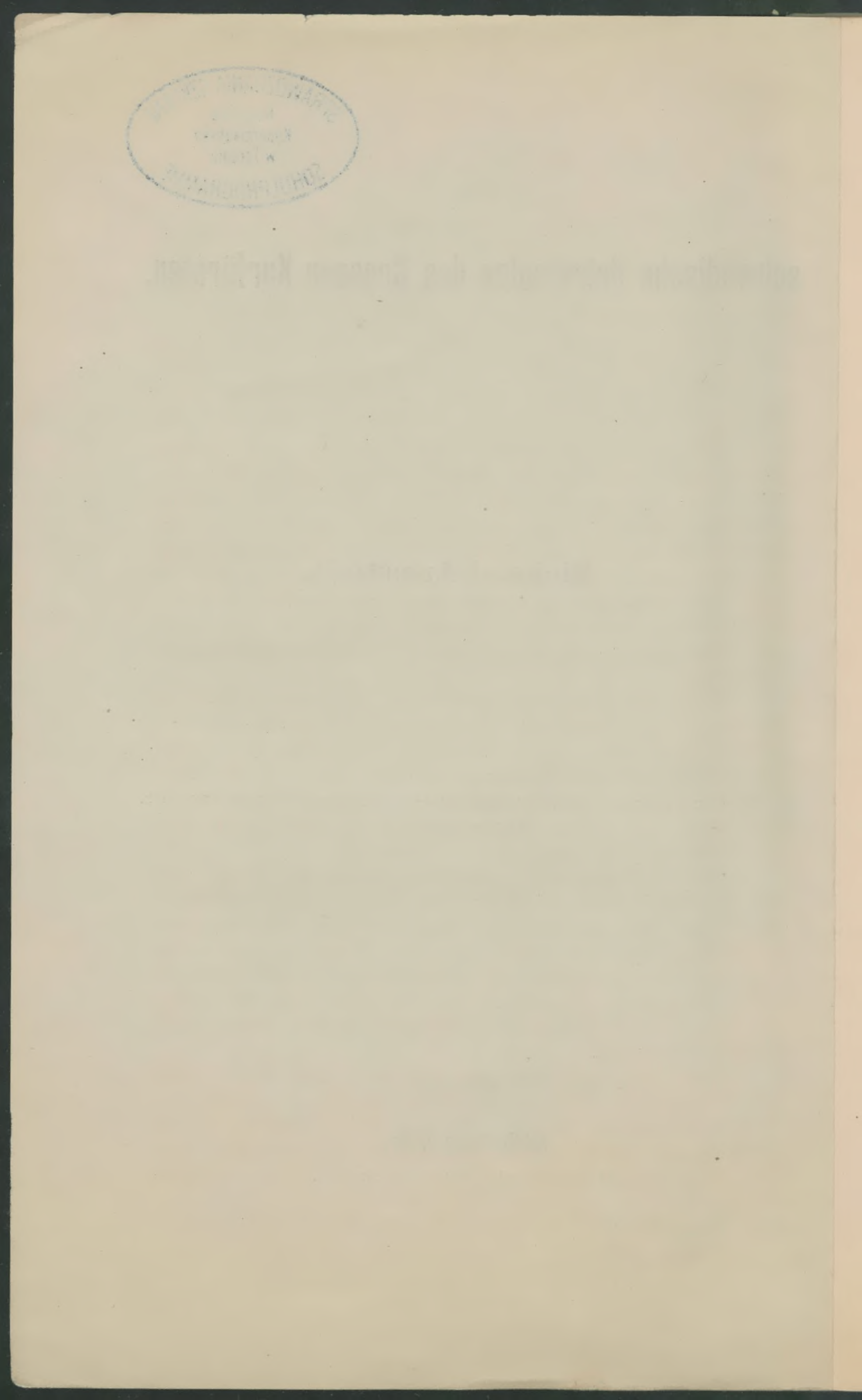
Dr. Richard Armstedt,
Professor am Altstädtischen Gymnasium.

Beilage zum Programm des Altstädtischen Gymnasiums zu Königsberg i. Pr.
Ostern 1896.



Königsberg i. Pr.
Hartungsche Buchdruckerei.

1896. Progr. Nr. 9.



Durch die Publikation der Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg und der Protokolle des brandenburgischen Geheimen Rats ist auch über die Werbung des Grossen Kurfürsten um die Hand der schwedischen Königin Christine neues und reiches Material gewonnen, so dass es wohl der Mühe wert erschien, diese für die Politik Brandenburgs im Anfang der vierziger Jahre des 17. Jahrhunderts hochwichtige Frage einmal im Zusammenhange zu behandeln.

Denn selten hat ein fürstlicher Heiratsplan eine so hervorragende politische Bedeutung gewonnen als der schwedische des jungen Friedrich Wilhelm; er wurde der Hebel für die Wiederaufrichtung des schwer darniederliegenden brandenburgischen Staates[1]) und stellte den kaum geachteten Fürsten mit einem Schlage in den Vordergrund des europäischen Interesses.

Die Werbung des brandenburgischen Kurfürsten um die Tochter Gustav Adolfs war ein Vorgang rein politischer Natur, bei dem persönliche Empfindungen ebenso wenig mitwirkten als bei seiner zweiten Werbung um Luise Henriette von Oranien. Es galt vielmehr den Staat zu retten und seine Zukunft sicher zu stellen, als der junge Hohenzoller von Königsberg aus seine ersten Boten nach Stockholm sandte.

Das Vermählungsprojekt war nicht neu; wir müssen bis in das Jahr 1631 zurückgehen, um es in seinen Anfängen kennen zu lernen. Es war kein Geringerer als **König Gustav Adolf** selbst, der die erste Anregung gab. Für seine eigene Sicherheit und weitern Pläne, mochten

1) Erdmannsdörffer in U u. A. I, p. 518,

sie Polen, Dänemark oder den Kaiser betreffen, war die Bundesgenossenschaft keines deutschen Staates von gleich grosser Wichtigkeit als die des günstig gelegenen Brandenburg-Preussens. Ein unüberwindliches Hindernis, eine Interessengemeinschaft zwischen Schweden und Brandenburg dauernd zu begründen, schien aber Pommern zu bereiten, auf das der Kurfürst ein unbestreitbares Recht besass, und das anderseits dem Könige für die Begründung der Ostseeherrschaft Schwedens unentbehrlich erschien.[1]) Durch ein Ehebündnis zwischen seiner einzigen Tochter Christine und dem jungen Kurprinzen von Brandenburg hoffte er nun, nicht nur alle seinen Plänen entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigen zu können, sondern auch eine protestantische Grossmacht im Norden zu begründen, der kein Staat in Europa gewachsen sei. Es war im Januar 1631, als Gustav Adolf in Bärwalde dem ihn aufsuchenden brandenburgischen Kanzler v. Götze die ersten Andeutungen seines grossen Planes machte. So giebt wenigstens v. Götze selbst an in einem Berichte der brandenburgischen Gesandten aus Stockholm 1642.[2])

Der Kurfürst blieb misstrauisch und musste erst, als Magdeburg von Tilly zerstört war, durch die drohende Haltung des Schwedenkönigs, der mit seinem Heere vor Berlin rückte, zu einem den militärischen Interessen der Schweden entsprechenden Vertrage gezwungen werden.[3]) Dieser war für Brandenburg sehr hart, da es aber Gustav Adolf daran liegen musste, einen willigen und ergebenen Bundesgenossen zu haben, so trat er bei den Berliner Verhandlungen mit seinem Heiratsprojekte aufs neue hervor.[4]) Diesmal fiel der Gedanke zweifellos auf einen fruchtbareren

---

1) S. den § 14 des Stettiner Vertrages vom 10. Juli 1630, Über die Rückdatierung vergl Odhner, die Politik Schwedens im westfäl. Friedenskongress und die Gründung der schwed. Herrschaft in Deutschland p. 9. – Für die Zeitrechnung ist zu merken, dass bei katholischen Mächten der neue Kalender, bei den protestantischen der alte angewandt ist, falls nicht beide Rechnungen berücksichtigt sind. Im Herzogtume Preussen war seit Johann Sigismund die neue Zeitrechnung eingeführt.

2) U. u. A. I. 592.

3) 11. Juni 1631.

4) S. Mauvillon, histoire de Gustave Adolphe, roi de Suède, die vorzugsweise auf Handschriften von Arkenholz beruht, I. p. 449. Dès le tems que Gustave chassoit les Impériaux de la Poméranie et des Marches de Brandebourg pour consoler l'Electeur de ce nom et le mettre tout-à-fait dans ses intérêts

Boden; namentlich die an den Verhandlungen hervorragend beteiligten fürstlichen Frauen wie Elisabeth Charlotte, die Gemahlin des Kurfürsten, und ihre ehrwürdige Mutter, Luise Juliane, eine Tochter Wilhelms von Oranien, wurden dafür gewonnen. Sie blieben auch in späterer Zeit im Gegensatz zu der Schwarzenbergischen Politik dem schwedischen Heiratsplane geneigt.

Gustav Adolf verweilte zu kurze Zeit in Berlin, als dass das Projekt über allgemeine Erörterungen hinauskommen konnte. Erst in Frankfurt a. M. trat er bestimmter mit seinen Bedingungen hervor. Auch über diese Verhandlungen giebt uns Mauvillon a. a. O. Aufschluss. Gustav Adolf erklärt dem brandenburgischen Kanzler von Götze (Februar 1632), dass er noch grosse Schwierigkeiten mit Georg Wilhelm wegen Pommern haben werde, aber es sei ein Mittel vorhanden, sie in Güte zu beseitigen: „reprenons l'affaire du Mariage du Fils de l'Electeur avec ma Fille, qu'on m'envoye au plutôt ce jeune Prince pour le fair élever avec ma Fille et le mettre à même de gagner l'affection des Suédois.“ Diese Angaben finden ihre Bestätigung in einem Briefe Axel Oxenstjernas an den schwedischen Reichsrat, datiert Cölln a. d. Spree, 4. Februar 1633.[1]) Er sagt darin, dass der Heiratsplan vor Jahresfrist von dem Könige selbst den brandenburgischen Gesandten in Frankfurt vorgeschlagen und der Hauptbeweggrund für ihn der Gewinn Pommerns gewesen sei. Auf wiederholten Befehl desselben habe er mit dem brandenburgischen Gesandten mehrmals darüber verhandelt und ihnen folgende Proposition gemacht: Der König sei entschlossen, dem Sohne des Kurfürsten seine Tochter zu geben und darüber mit den Reichsständen in Schweden zu verhandeln, in Hoffnung ihrer Einwilligung, unter folgenden als den vornehmsten Bedingungen: 1. wenn der König von seiner Gemahlin einen Sohn bekäme, so würde dieser die Krone Schweden, Livland und was in Preussen erobert worden, erhalten; der Kurherr aber alles, was der

---

il lui proposa de marier le Prince Electoral son fils avec la jeune Princess de Suède „Je serai peut-être tué à la guerre avant que d'avoir d'autres Enfans, disoit-il, votre fils sera alors Roi de Suède et sera le plus puissant Prince du Nord.“

1) Geijer, Geschichte Schwedens III, 252 ff. Der Kanzler war mit Peter Brahe nach Berlin gegangen, um das Band zwischen Brandenburg und Schweden fester zu knüpfen. S. Odhner, Politik Schwedens p. 20.

König schon einbekommen oder noch einbekomme, wobei ein festes Bündnis zwischen beiden Staaten abzuschliessen wäre; 2. bekäme der König keinen männlichen Erben, so sollte der Kurherr mit des Königs Tochter die Krone erhalten und in diesem Falle ein solches Bündnis geschlossen werden, dass der König von Schweden auch Kurfürst von Brandenburg und vice versa wäre; in Abwesenheit des Königs sollte Schweden nach seiner eigenen Verfassung und Brandenburg nach der seinigen regiert werden, so dass Hoheit und Regalien eines jeden ungekränkt blieben, aber beide doch mit starken, unauflöslichen Banden vereinigt; 3. auf dass der Kurprinz in unserer Religion erzogen und an unsere Sprache und Sitte gewöhnt werde, so möge er in Schweden seine Erziehung erhalten. — Bei dieser Mitteilung wurde unter anderem auch besprochen, ob die Differenz in der Religion nicht auf irgend eine Art könne verglichen werden, und wie es mit dem Bündnis sich verhalten möchte auf den Fall hin, dass die Prinzessin stürbe; allein der häufigen Kriegsexpeditionen wegen wurde nichts weiter in der Sache gethan, als dass die Abgeordneten Brandenburgs selbe dem Kurfürsten referierten, der nachher auch mehr für unsere Partei affektioniert war.“

Die Aufgabe Pommerns und besonders der Wechsel der Religion mussten trotz der gemachten glänzenden Aussichten am Hofe des Kurfürsten **Georg Wilhelm** grosse Bedenklichkeiten hervorrufen. Der streng reformierte Geheime Rat erklärte daher, dass man für das Opfer der wahren calvinischen Lehre kein Königreich ohne schwere Verletzung des Gewissens eintauschen dürfe und erregte tausend Skrupeln in dem Kurfürsten. Die Hofgeistlichen Bergius und Crell waren natürlich derselben Ansicht und brachten noch eine Reihe von verbotenen Verwandtschaftsgraden gegen die geplante Ehe vor. Man verlangte, dass eine allgemeine Versammlung protestantischer Gottesgelehrter unter Leitung des Königs von Schweden zunächst über die streitigen Fragen zwischen Lutheranern und Calvinisten entscheiden solle, bevor die Verbindung zwischen dem reformierten Prinzen und der lutherischen Prinzessin geschlossen würde.[1]) Das Hindernis der

1) Mauvillon I, p. 450. Der brandenburgische Gesandte Sigismund von Götze regte auf dem unmittelbar nach dem Heilbronner Konvente von Oxenstjerna berufenen Tage zu Frank-

Religion muss übrigens schon früher besprochen sein, denn bei Mauvillon I, p. 449 sagt der König zu den brandenburgischen Gesandten in Frankfurt a. M.: „Je n'y vois d'autre obstacle que la Réligion, mais le Docteur Bergius a déjà voulu s'accommoder à Leipzig. J'ai vu l'accord dont j'ai été fort satisfait". Wenn jetzt von brandenburgischer Seite stärkere Bedenken geltend gemacht zu werden scheinen, so ist dem nicht allzu grosses Gewicht beizulegen; von einer prinzipiellen Ablehnung war auch hier nicht die Rede, und die gewaltige Persönlichkeit des Königs hätte sicherlich alle Hindernisse leicht beseitigt, wenn ihm eine längere Lebensdauer beschieden gewesen. Jedenfalls gewann die schwedische Partei unter Führung des Kanzlers von Götze bald die Oberhand am brandenburgischen Hofe, zumal der Graf Schwarzenberg, der grösste Gegner Schwedens unter den kurfürstlichen Ratgebern, es für gut befunden hatte, vor Gustav Adolf zu weichen und bereits im November 1630 nach den Rheinlanden zu gehen.[1]) Dazu kam der Einfluss der fürstlichen Frauen, die aus ihren schwedischen Sympathieen kein Hehl machten.[2]) Wir können daher dem Kanzler Oxenstjerna glauben, dass der Kurfürst „nachher auch mehr für die schwedische Partei affektioniert war."[3])

Der Tod Gustav Adolfs hinderte den Abschluss der Verhandlungen, brachte aber zunächst keine merkliche Veränderung in der Haltung Brandenburgs hervor. Noch im August 1633 konnte Feuquières an Ludwig XIII. berichten, dass die Heirat zwischen dem brandenburgischen Kurprinzen und der Erbin Schwedens als chose accordée betrachtet werde.[4])

Der **schwedische Reichsrat** übernahm den Plan als ein Vermächtnis seines grossen Königs. Das geht aus einem Briefe desselben an den in Deutschland befindlichen Oxenstjerna d. 28. März 1633 hervor. Er weiss von den geheimen Unterhandlungen wegen der beabsichtigten

---

furt die Verhandlungen über die Vereinigung der protestierenden Kirchen wieder an. Pufend. de reb Suec. V, § 71.

1) Droysen, Gustav Adolf II, 341.

2) Über die Gegensätze am brandenb. Hofe s. Cronholm, Gustav Adolf II, 294 ff.

3) S. Arkenholz, Merkwürdigkeiten zur Geschichte der Königin Christine III, 79 u. Anm.

4) Droysen Gesch. der preuss. Politik III, 1 p. 105 Anm.

Heirat, hört, dass der brandenburgische Kurfürst aufs neue dazu geneigt sei und beauftragt Oxenstjerna, die Verhandlungen fortzusetzen. Dabei wird auf die vom Könige gestellten Bedingungen: Übertritt des Kurprinzen zum Luthertum und Erziehung desselben in Schweden ausdrücklich hingewiesen.[1]) Zugleich heisst es in einem Memorial an den Reichskanzler aus derselben Zeit, dass für die Heirat noch folgende Gründe sprechen: dass die Personen sowohl in Ansehung des Alters als der Herkunft und Macht für einander passend seien, dass es des seligen Königs Wille gewesen, dass durch diese Verbindung zwischen Schweden und Brandenburg die schwedische Macht bedeutend verstärkt, die Erwerbung Pommerns bereitet, das Dominium über die Ostsee stabiliert und die Vollbringung des deutschen Krieges erleichtert werde; daher der Rat, ungeachtet verschiedener Bedenklichkeiten, da salus et incrementum patriae alles überwiegt, dafür hält, dass diese Heirat nicht abgeschlagen werden müsse, wenn sie mit erträglichen Konditionen, insonders in Ansehung der Religion, vor sich gehen kann.[2])

Wollte also Brandenburg den Preis, so war ihm der Weg für seine Politik klar vorgezeichnet. Solange die schwedischen Waffen siegreich blieben, trat äusserlich auch keine erhebliche Veränderung in seinem Verhalten zu dem mächtigen Bundesgenossen hervor, wiewohl **Graf Schwarzenberg** gleich nach dem Tode Gustav Adolfs zurückgekehrt war und seinen schwedenfeindlichen Einfluss auf den Kurfürsten stärker geltend zu machen begann, als es ihm in der letzten Zeit möglich gewesen war. Namentlich suchte Brandenburg seine Rechte auf Pommern sicher zu stellen. Eine Gesandtschaft nach Schweden i. J. 1633 trat sehr entschieden auf, und Axel Oxenstjerna sah sich bei einer Zusammenkunft mit dem Kurfürsten und seinen Räten in Stendal (Febr. 1634) genötigt, die Anerkennung der Rechte Brandenburgs auf Pommern auszusprechen, um das bedrohlich aufsteigende Misstrauen Georg Wilhelms zu zerstreuen. Als jedoch auf dem in diesem Jahre zu Frankfurt abgehaltenen Konvente die Absichten der Schweden auf Pommern wieder deutlicher hervortraten, begann sich der Kurfürst von seinem Bundesgenossen abzuwenden, und

---

1) Geijer III p 248 Anm.
2) Geijer a. a O. u. Odhner a. a. O. p 20 u. 21.

nach der Schlacht bei Nördlingen war es mit der schwedenfreundlichen Politik Brandenburgs vollends zu Ende. Der Kurprinz war schon im Sommer 1634 statt nach Schweden in die reformierten Niederlande geschickt, und mit dem Kaiser wurde der Friede zu Prag geschlossen (1635). Alle Bemühungen Oxenstjernas, den Kurfürsten zum Ausharren bei Schweden zu bestimmen, und selbst die Erklärung, dass man nicht auf der Forderung Pommerns zum Nachteile Brandenburgs bestehen wolle, waren vergeblich.[1]) Schwarzenbergs Politik trug den Sieg davon; der Kurfürst hoffte, hinsichtlich Pommerns durch kaiserliche Versprechungen beruhigt, unter Österreichs Schutz leichteren Gewinn. Indess es blieb nicht bei dem Frieden mit dem Kaiser. Brandenburg erhob bald die Waffen gegen das Volk, durch dessen König es eben vom Untergange gerettet war.

Es war demnach alles geschehen, was die Schweden mit berechtigtem Hass gegen den in der Zeit der Not treulosen Bundesgenossen zu erfüllen und den grossartigen Plan Gustav Adolfs zu vernichten vermochte. Die Entscheidung über die nächste Zukunft des Kurstaates war gefallen, und das furchtbare Elend, das jetzt über die Marken hereinbrach, war die unmittelbare Folge der unseligen Politik Schwarzenbergs, dessen Glorifizierung ein sehr zweifelhaftes Produkt neuester Forschungen ist.[2])

Am 1. Dezember 1640 beschloss der schwache Georg Wilhelm in Königsberg seine unglücklichen Tage; er hinterliess seinem einzigen Sohne **Friedrich Wilhelm** nicht viel mehr als den Namen eines Herrschers. Der Gegensatz des Kurprinzen zu seinem Vater und dessen Hauptratgeber ist bekannt. Mag auch der schlimmste Vorwurf gegen den Minister, als habe er dem jungen Prinzen nach dem Leben getrachtet, unberechtigt sein, — der Kurprinz und seine Anhänger glaubten fest daran,[3]) und mit dieser Überzeugung müssen wir rechnen. Die bisherige Politik wie ihre Träger waren dem jungen Erben in gleicher Weise verhasst; beide waren nach dem Regierungswechsel unmöglich. Wollte man aber des Kaisers Partei nicht länger halten, so bot sich einer vorsichtigen Politik als

1) Odhner p. 21—27.
2) S. Meinardus II. u. III. Bd. der Protokolle des Geh. Rats.
3) Urkunden und Aktenst. IV, p. 423. Meinardus Prot. I. p. 511.

einziger Weg zur Rettung zunächst nur die Neutralität.[1]) Sie allein konnte dem unglücklichen Lande die dringend nötige Ruhe gewähren, sie konnte auch dem Kaiser bei der verzweifelten Lage der Marken als unerlässlich hingestellt werden, so dass man seine Feindschaft nicht herausforderte, und endlich konnte durch sie am besten eine aussichtsvolle Annäherung an Schweden angebahnt und die Wiederaufnahme der Pläne Gustav Adolfs unauffällig ins Werk gesetzt werden.[2])

Der junge Kurfürst lenkte nicht unbeeinflusst in die Bahnen der neuen Politik. Als er 1638 aus den Niederlanden nach Königsberg kam, fand er hier einen Kreis warm empfindender Patrioten, denen er sich um so enger anschloss, als er von seinem argwöhnischen Vater von jeder Teilnahme an den Staatsgeschäften fern gehalten wurde.[3]) Im Mittelpunkte dieser Schwarzenberg feindlichen Hofpartei stand die schwer geprüfte Kurfürstin Elisabeth Charlotte.[4]) So wenig auch ihre auf einen kleinen Kreis beschränkte Wirksamkeit sich nach aussen bemerkbar machte, als eine unpolitische Frau darf sie keineswegs bezeichnet werden; ihr Einfluss auf den geliebten Sohn war von höchster Bedeutung. Ich erinnere nur an die herrliche Denkschrift, die Georg Ernst von Wedel auf ihre Veranlassung dem Sohne bei seinem Regierungsantritt überreichte.[5])

Bei den engen Beziehungen des jungen Fürsten zur

---

1) Von einer Politik der bewaffneten Neutralität kann erst seit 1643 die Rede sein.

2) Nur so kann ich die Politik „der freien Hand" bei Pribram verstehen. Das brandenburgische Interesse (Pommern) zwang hierzu. S. Pribram, Zur auswärtigen Politik d. Kurf. Friedr. Wilh. v. Brandenburg. Forsch. z. Brand. u. Pr. Gesch. V, p. 108 ff.

3) Prot. I p. 336. Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, d. Königsberg 17. Aug 1641.

4) Wenn wir die Berichte des französ. Gesandten in Polen, de Brégi, vom 24. Sept. 1645 an die Königin-Regentin von Frankreich auch schon für unsere Zeit zutreffend sein lassen wollen, so hatte der Königsberger Hof in Sprache, Tracht und Gebräuchen ein entschieden französisches Gepräge. Er schrieb: Pour moi, madame, il me semblait être en France par la politesse qui est en cette cour. Le prince a des vertus très rélevées . . . . les princesses et la noblesse sont extrêmement civiles et vêtues à la française, jusques-là langue allemande y est défendue comme un péché mortel . . . . U. u. A. II p 9.

5) Prot. I p. LI und 32 ff.

Mutter und zur frondierenden Hofpartei ist es begreiflich, dass die Grundzüge des neuen Regierungsprogramms schon vor der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms feststanden.[1]) Sie waren: 1. Waffenstillstand mit Schweden. 2. Reduktion der Truppen. 3. Überlassung der Kavallerie an den Kaiser. 4. Separatverhandlungen mit Schweden wegen Pommern. 5. Schwedische Heirat. Samuel von Winterfeld, der in Hamburg weilte, erhielt bereits wenige Tage nach dem 13. Dezember den Auftrag, den schwedischen Legaten Adler Salvius wegen des Waffenstillstandes zu sondieren,[2]) und die Regensburger Gesandten sollten beim Grafen Trautmannsdorf zu erforschen suchen, ob es dem Kaiser unangenehm sei, wenn der Kurfürst mit Schweden wegen Pommerns ein Sonderabkommen treffen werde.[3]) Diese Schritte that also der Kurfürst, bevor seine neuen Berater von Winterfeld und von Götze in Königsberg anlangten.

Unter allen Punkten des Programms war zweifellos die **schwedische Heirat** die wichtigste; sie blieb für die nächsten 5 Jahre das Hauptziel der neuen Politik. Noch 1645 schrieb der Kurfürst aus Königsberg: „Nägst Gott beruht Unser und Unseres gantzen Churfürstlichen Hauses Wohlfahrt und Aufnehmen zum grössesten Theile darauf.“[4]) Diese Heirat allein schien eine Möglichkeit zu bieten, Pommern für Brandenburg zu retten.[5])

Die politische Lage gestattete ein Zaudern nicht. Dazu kam, dass das Interesse der Dynastie, die nur auf wenig Augen stand, eine schnelle Verheiratung des Kurfürsten gebieterisch forderte. In die Belehnung mit Preussen, die Friedrich Wilhelm am 8. Oktober 1641 vom Polenkönige erhielt, waren nämlich nur der Markgraf von Jägerndorf und der einstige Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm, der in seiner Gefangenschaft zum Katholizismus übergetreten war (1632), eingeschlossen, die fränkischen Markgrafen aber nicht.

Der Plan musste in möglichster Heimlichkeit betrieben und so lange als möglich geleugnet werden. Eine vorzeitige Enthüllung hätte bei der völligen Ohnmacht Branden-

1) Prot. II p. XXXIV.
2) Prot. II, XXXV.
3) Prot. I, 40. II, XXXVI.
4) Prot. III p 128 Verfügung d. Königsberg 13. Juni 1645.
5) Dass die Heirat diesen Zweck hatte, wusste auch der Kanzler Oxenstjerna sehr wohl. Odhner a a. O. p. 79

burgs den misstrauischen Mächten, wie Polen und dem Kaiser gegenüber um so verhängnisvoller werden können, als man ja nicht wusste, wie Schweden die neue Politik des Kurstaates aufnehmen würde.

Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren gewaltig. Das konnten sich weder der Kurfürst noch seine Räte verhehlen. Um so bewundernswerter ist der Mut, die Geschicklichkeit und Zähigkeit, mit denen man dem einmal ins Auge gefassten Ziele nachstrebte. Königsberg aber wurde die Geburtsstätte einer neuen Ära der brandenburgisch-preussischen Geschichte, ebenso wie mehr als anderthalb Jahrhunderte später in ähnlich verzweifelter Lage des Vaterlandes.

Am stärksten war zunächst **Polen** bei dem schwedischen Heiratsprojekt interessiert; die Aktenstücke aus den ersten vierziger Jahren geben Zeugnis von der grossen Aufregung, welche dieser Plan in der Republik hervorrief. Die Belehnung mit Preussen war schon an sich gefährdet, da man in Warschau den Thronwechsel und die bedrängte Lage des neuen Kurfürsten gern benutzen wollte, um das Herzogtum in noch grössere Abhängigkeit von der Krone Polen herabzudrücken.[1]) Die schwedische Heirat schien sowohl diese Absichten zu vereiteln als auch Polen selbst in seinem Bestande aufs äusserste zu bedrohen. Denn ganz abgesehen davon, dass der König Wladislaw IV. selbst die grössten Rechte auf die schwedische Krone zu haben glaubte, hätte diese Verbindung Brandenburgs und Schwedens nicht nur den alten Feinden der Republik einen gefährlichen Machtzuwachs gebracht, sondern ihnen sogar innerhalb der Grenzen des polnischen Gebietes, in visceribus nach dem Ausdrucke des französischen Gesandten de Brégy, eine bedrohliche Stellung gegeben.[2]) Wladislaw sprach daher schon Anfang 1641 dem brandenburgischen Gesandten gegenüber die Befürchtung aus, dass das Lehen von einem so mächtigen Vasallen der Republik einst entzogen werden könnte;[3]) man drohte, den Kurfürsten nicht zu belehnen, wenn die schwedische Heirat zu stande kommen sollte.[4])

---

1) U. u. A. XV, p. 226 ff.

2) Bericht des brand. Gesandten Bergmann in Danzig d. 12./22. Nov. 1644. U. u. A. I, 149.

3) U. u. A. I p. 4 Anm.

4) U. u. A. I p. 84.

Am liebsten hätte man am polnischen Hofe das gefürchtete Projekt durch eine Vermählung des Kurfürsten mit einer Schwester des Königs Wladislaw, der Tochter einer österreichischen Erzherzogin und Schwester des verstorbenen Kaisers, durchkreuzt, und die österreichische Politik stand diesem Plane nicht fern.[1]) Nach dem Berichte des französischen Residenten in Danzig, d'Avaugour, bot die ausersehene Prinzessin, als der Kurfürst wegen der Belehnung nach Warschau gekommen war, alles auf, sein Gefallen zu erregen. Aufs reichste geschmückt tanzte sie vor ihm ein hübsches „ballet". Die Prinzen überboten sich in Liebenswürdigkeiten, und die Königin sprach mit ihm nur unter Lächeln und lobte alles, was er sagte.[2]) Dennoch waren diese Bemühungen vergeblich. Einem förmlichen, durch Graf Gerhard Dönhoff gestellten Antrage wich der junge Fürst mit den Worten aus: „So lange ich mein Land nicht in Frieden regieren kann, darf ich mich nach keiner andern Braut als dem Degen umsehen."[3])

Die Diplomatie musste nun um so eifriger thätig sein. Als 1642 der gefürchtete Plan deutlicher hervortrat, erhob eine stattlich ausgerüstete polnische Gesandtschaft unter Führung des Grosskanzlers Fürsten von Ossolinski in Königsberg heftigen Einspruch: die Heirat sei dem homagio zuwider; als Vasall bedürfe der Kurfürst des Konsenses der polnischen Krone.[4]) Auf dem polnischen Reichstage desselben Jahres lautete der Artikel IX der Proposition: Quod princeps feudatarius connubium agitet in domo inimica.[5]) Die Regimentsräte in dem lehnsabhängigen Preussen erhielten von Polen Befehl, sofort An-

---

1) Droysen Preuss. Pol. III, 1, 243.

2) Les princes de Pologne lui baillant toujours la bonne main et même souvent la reine, qui ne lui parlait jamais qu'en souriant et avec applaudissement sur tout ce que disait. U. u. A. II p. 7.

3) v. Orlich, Gesch des preuss. Staats im 17. Jahrh. I. p. 77. Den ausserordentlich ehrenvollen und freundlichen Empfang des Kurfürsten in Warschau hebt auch ein kleiner gleichzeitiger Bericht eines Augenzeugen hervor: Newe Zeitung, Warhafftiger unnd summarischer bericht, was sich zu Warschaw in Polen bey des Churfürsten von Brandenburg huldung unnd empfangung der Lehn vom Polnischen König über das Fürstenthumb des Landes zu Preussen newlich zugetragen unnd verlauffen hat. — Kngl. Staatsarchiv zu Königsberg Misc. Prussica Tom. I Nr. 450. 4o.

4) U. u. A. I p. 105.

5) Pufendorf de reb. Suec. XV, 75.

zeige in Warschau zu machen, wenn der Kurfürst in dieser Sache vorgehe.[1])

In **Preussen** herrschte vom Beginn der Regierung des Kurfürsten der lebhafte Wunsch, dass er sich vermählen möchte, und dieser Wunsch wurde gesteigert zum dringenden Verlangen, als der Tod des Markgrafen Ernst am 4. Oktober 1642 den nächsten Erben hinweg riss[2]) und der katholisch gewordene Christian Wilhelm alleiniger Thronfolger in Preussen wurde. Da erfüllte bange Sorge das Herzogtum über seine Zukunft, und die Oberräte gaben derselben beredten Ausdruck, indem sie dem Kurfürsten die unterthänigste Bitte unterbreiteten,[3]) er möchte sich verheiraten „um dem Unheil, so gemeiniglich die Änderung der Herrschaften in Religion- und Profansachen mit sich bringen“ vorzubeugen. Ich setze den Anfang des interessanten Bittgesuchs hierher: „Wenn wir uf die Gedanken gerathen, welche unaufhörlich unser Herz und Gemüth berühren, welcher gestalt alle Churfürstl. Dignität und Hoheit nebenst so vieler Fürsten- und Herzogthumben, Herrschaften, Land und Leuten Regierung in unzerrissener Lineen vom Vater und Sohn durch göttliche Vorsehung und Gnade uf E. Ch. D. glücklichen wohl hergebracht und kommen, so wünschen wir aus unterthänigster tragender Devotion, Treue und Liebe gegen E. Ch. D., unsern natürlichen regierenden Landesfürsten und Erbherren, dass dem Churfürstlichen brandenburgischen Stamm und hochlöblichen Hause an Erben und Nachkommen, von E. Ch. D. Geblüte entsprossen, niemals ermangeln noch gebrechen, sondern dieselbe zu immerwährenden Zeiten als Churfürstliche Zweige und Pflänzlein zuwachsen, propagiret und immerdar dieser Baum grünen, blühen und Früchte bringen möge. Wozu dann zu gelangen von dem Allerhöhesten erbeten sein will, dass er E. Ch. D. Herz und Gemüth zu einer deroselben wohl anstehenden auch E. Ch. D. Landen und Leuten zuträglichen und heilsamen Vermählung lenken und anführen wolle. Wornach dann nebenst uns viel guter und getreuer Patrioten aus allen Ständen dieses Herzogthumbs, die ofters ihrer Herzen Gedanken des-

---

1) Droysen Pr. Polit. III, 1, 258.

2) Auch der Kurfürst wurde durch diesen Todesfall veranlasst, seine Gesandten in Stockholm zur Beschleunigung der Heiratsverhandlungen zu ermahnen. U. u. A. I p, 589. Prot. II, LX.

3) 20. Dez. 1642.

falls uns eröffnet, ein sehnliches Verlangen tragen. Es hat Gott der Herr E. Ch. D. so viel Land und Leute in Gnaden verliehen und untergeben, dass in Erwählung einer Gemahlin Dieselbe nicht so sehr uf Zubringung einer reichen, ansehnlichen Ehesteuer und Heirathsgutes an Land und Herrschaften zu sehen, als dass E. Ch. D. ein gottseliges, züchtiges und vernünftiges Fräulein, von solchem Hause und Geblüt entsprossen, so E. Ch. D. Hoheit nicht ungleich und zur Beförderung des lang erwünschten Friedens beförderlich sein könnte, von Gott zugefüget und vermählet werde . . . . .“.

Es liegt nahe, in den letzten Worten eine Hindeutung auf den schwedischen Heiratsplan zu finden, von dem trotz aller offiziellen und offiziösen Ableugnung jedermann sprach. Was hier noch sehr verblümt angedeutet wird, findet schon ein Jahr später in einem Schreiben an den Kurfürsten dat. 7. Nov. 1643 einen sehr energischen Ausdruck.

In Preussen herrschten polnische Sympathieen; die ständische Macht stand und fiel mit Polen, und die schwedische Heirat wurde daher in Königsberg nicht weniger gefürchtet als in Warschau. Und so fielen die polnischen Mahnungen, über die Schritte des Kurfürsten Schweden gegenüber eifrig zu wachen, auf fruchtbarsten Boden. Die Oberräte führen in dem erwähnten Schreiben an, dass sie dem Kurfürsten stets Liebe und Treue erwiesen und ihn auch zur Zeit gebeten, Herz, Sinn und Gemüt zu einer Heirat und Vermählung lenken zu wollen. Als der Kanzler v. Götze nach vollendeter Legation an die Krone Schweden zurückgekehrt,[1]) habe er versichert, dass an dem ausgesprengten Geschrei wegen der schwedischen Heirat nichts wäre und habe ihnen seine Instruktionen gezeigt, worin der Heirat mit keinem Worte gedacht sei. Sie beziehen sich auf die Versicherung des Kurfürsten, dass er des zu Warschau abgelegten Eides sich wohl erinnere und dem zuwider nichts vornehmen wolle, und führen die wiederholt geäusserte Drohung des Grosskanzlers Fürsten v. Ossolinski an, dass, wenn gedachte Heirat fortgehen sollte, die Allianz zwischen der Krone Polen und dem Hause Brandenburg mit nichten bestehen könnte, ebenso den Befehl, alles, was sie wegen dieser Heirat in Erfahrung brächten,

---

1) 1642.

dem Könige zu melden.[1]) Jetzt erführen sie nun mit Bestürzung von neuem „dass dieser Vermählung halber es viel Redens und Schreibens abgiebt und solche für gewiss ausgegeben werden will,“ und bitten den Kurfürsten, die Gefahr abzuwenden, welche hieraus dem Herzogtume von Polen erwachsen würde. Sie hätten auch erwartet, wenn etwas in dieser Heiratssache vorgegangen sein möchte, dass sie selbst wegen des Landes Interesse davon benachrichtigt seien.[2])

Im weitern Verlaufe der Verhandlungen zeigte es sich übrigens, dass man es von preussischer Seite nicht bei schriftlichen Vorstellungen bewenden liess und selbst das Mittel der Verdächtigung nicht scheute, um die schwedische Heirat zu hintertreiben. So berichten die brandenburgischen Gesandten aus Osnabrück am 8./18. Juni 1646, dass von Königsberg aus Nachrichten über bedrohliche Absichten des Kurfürsten gegen Schweden mit Fleiss in Stockholm verbreitet würden.[3])

Als Polen erkannte, dass weder Anerbietungen noch Drohungen zum Ziele führten und die eigene Schwäche die Gefahr eines Eingreifens mit den Waffen zu vermeiden zwang, trug es sich mit Gedanken an einen ewigen Frieden mit Schweden[4]) und suchte durch Annäherung an Dänemark und den Kaiser und durch Abschluss eines Bündnisses mit denselben, eine grössere Sicherheit zu erlangen. Selbst eine Heirat des Königs Wladislaw mit Christine wurde auf französischen Vorschlag in den Jahren 1644 und 1645 in Erwägung gezogen.[5]) Der soeben noch missachtete Vasall war also in kürzester Frist durch seine Politik ein massgebender Faktor für das politische Verhalten des grossen Polenreiches geworden.

Mit gleichem Missfallen wie in Warschau-Königsberg betrachtete man in **Wien** das schwedische Heiratsprojekt. Die Ehe des thatkräftigen Friedrich Wilhelm mit der Beherrscherin des nordischen Reiches musste das Haus Habsburg notwendigerweise um den letzten Rest seiner

---

1) Pufend. de rebus gestis Friderici Wilhelmi I § 41.
2) Prot. II. p. 240.
3) U. u. A. IV, 443.
4) Berichte des brandenb. Gesandten Bergmann in Danzig an Konrad v. Burgsdorf d. 16/26. April 1644. U. u. A. I. p. 139.
5) Arkenholz, historische Merkwürdigkeiten I, 161 und Anm.

hegemonischen Stellung in Deutschland bringen. Der Gedanke, dass eine schwedische Heirat für Brandenburg eine gleiche Bedeutung gewinnen könne wie einst die burgundische für das Haus Österreich, lag zu nahe.[1]) Aus Rom kamen Warnungen, dass diese Heirat der Untergang des Hauses Österreich sein werde.[2]) Der Wiener Hof war daher fest entschlossen, die schwedische Heirat auf alle Weise zu verhindern.[3]) Dieser Feind war gefährlicher als Polen, und man könnte wohl fragen, ob der Kurfürst sein Hauptziel, das er durch die Heirat zu erreichen trachtete, die Sicherung seines alten Erbes Pommern, nicht leichter durch engsten Anschluss an Österreich gewonnen hätte.

Es würde verkehrt sein, in Friedrich Wilhelm einen zielbewussten Gegner des Kaisers sehen zu wollen. Er wurde von dem noch immer mächtigen Reichsgedanken ebenso beherrscht wie die andern deutschen Fürsten, aber zugleich war er erfüllt von dem Bewusstsein seiner fürstlichen Pflichten gegen sein eigenes Land, und er war nicht gewillt, den Absichten Österreichs, seine Niederlagen dem siegreichen Schweden mit dem brandenburgischen Erbe zu bezahlen, sich zu fügen. Er befand sich dem Kaiser gegenüber im Falle der Notwehr. Denn trotz der Versprechungen im Prager Frieden hatte Österreich zu verschiedenen Malen deutlich gezeigt, dass es nicht gesonnen sei, für Pommerns Integrität einzutreten. Seit dem Frühjahr 1639 kannten Georg Wilhelm und Schwarzenberg diese Absichten des Kaisers genügend. Sie fügten sich mit Resignation, der junge Kurfürst nicht. Seine Vorsicht Österreich gegenüber ist bewundernswert, war aber auch dringend nötig, denn wessen er sich von dieser Seite zu versehen hatte, zeigen die Einfälle der Generale von Krockow 1643 und Gallas im Sommer 1644 in das brandenburgische Gebiet. Es waren Proben darauf, wie weit der Kurfürst sich bereits mit Schweden eingelassen habe.[4])

Auch auf den Verhandlungen zu Osnabrück bot Österreich alles auf, den gefürchteten Heiratsplan zu durchkreuzen. Das frühere Angebot von halb Pommern,

1) Droysen, Gesch. d. Pr. Polit. III, 1, 308.
2) Prot. II, 534
3) Prot. II, CX u. 533 u. 577 I, LXXVII. U. u. A. I. p. 711.
4) Prot. II, CIX u. CX.

welches der Kaiser den Schweden durch die Grafen Kurtz und Auersperg hatte machen lassen,[1]) steigerte sich unter dem Drucke der Furcht, dass vielleicht Schlesien den Schweden als Satisfaktion zufallen könnte, zu einem Angebote von ganz Pommern.[2]) Man benutzte geschickt den zwischen Schweden und Brandenburg wegen dieses Landes immer schärfer werdenden Gegensatz und hoffte, auf diese Weise nicht nur die Heirat zu hintertreiben, sondern auch die Macht der Evangelischen lahm zu legen. „Vous pouvez juger comme les Impériaux sont soigneux de fomenter cette division“ berichteten am 11. November 1645 die französischen Gesandten in Münster an Brienne.[3]) Im Juni 1646 erklärte Graf Trautmannsdorf den Schweden geradezu, dass Ihre Kaiserliche Majestät um Pommern kein Pferd satteln lassen werde und fügte seinen Anerbietungen die Aufforderung hinzu: gerite vos nunc ut cives Romanos et succurrite Imperatori.[4])

Aus dem Angeführten ersehen wir genügend, welch' grosse Schwierigkeiten und Gefahren dem Plane des Kurfürsten von seinen beiden Lehnsherren drohten, und wenn wir noch hinzubemerken, dass Dänemark aus naheliegenden Gründen nicht weniger besorgt war als Polen, und dass auch Frankreich und Spanien sich beunruhigt fühlten, während nur die Niederlande und England eine freundliche Haltung annahmen,[5]) so werden wir die europäische Bedeutung dieses Heiratsprojektes anerkennen müssen.

Wenden wir uns der **Werbung des Kurfürsten** um die Hand der schwedischen Königin selbst zu. Pufendorf[6]) berichtet, dass schwedischerseits gleich nach dem Tode Georg Wilhelms bei Gelegenheit der Kondolenzabstattung die Aufforderung zu politischen Verhandlungen überbracht

---

1) Prot. I p. 609 u. 695.
2) Balt. Studien V, 1, 1 u. 4.
3) Droysen Pr. Polit. III, 1, 297.
4) Balt. Studien V, 2, 118 u. VI, 2, 20.
5) Arkenholz, Merkwürdigkeiten zur Gesch. der Königin Christine I, 158. U. u. A. I p. 84. 149. Droysen, Pr. Pol. III, 1. 258. Bougeant hist. du traité de Westphalie, tom. I liv. VI p. 435.
6) de rebus Suec. XIII, p. 70. Animorum acerbitatem quantum possent mitigare conabantur. (scil. Sueci.) Quo fine ad Electorem ablegabatur Axelis Achatii F. alloquio super obitus Patris defuncturus tum de propensione Reginae ad amicitiam cum illo colendam et ut exploraret in quaenam consilia Princeps iste inclinaret.

sei. Die Antwort erstattete Rumelian v. Leuchtmar nach Stockholm. Seine Instruktion ist vom 1. Mai 1641 datiert und findet sich bei Pufendorf de reb. Suec. XIII, § 71 fast vollständig wiedergegeben.[1]) Der Hauptzweck der Gesandtschaft war, die Königin über das Programm der neuen Regierung aufzuklären und ihr zunächst ein Armistitium und Cession der Hostilitäten anzutragen. Gelegentlich und wie von selbst sollte Leuchtmar auch den alten Plan Gustav Adolfs, die Hand der Königin betreffend, berühren.[2]) In der Instruktion selbst war von der Heirat nichts enthalten. Samuel von Winterfeld schreibt mit Beziehung darauf, „dass in puncto einer Heirat nichts in mandatis, consilium non improbo; ich versteh' aber von einem vertrauten Freunde, dass die Inklination gar gut — und wohl dürfte übel genommen werden, wenn davon ganz nichts sollte erwähnt werden, dass auch alle Negotiation dadurch möchte zu Wasser werden."[3])

Die Vorsicht gebot eben, die wichtigste Aufgabe der Mission in der Instruktion auszulassen. Man konnte so ohne Gefahr sowohl die Instruktion als auch die darauf erfolgte schwedische Antwort den argwöhnischen Polen und preussischen Oberräten vorlegen, wie auch geschehen ist.[4]) v. Leuchtmar war am 9. Juni 1641 in Stockholm angelangt und blieb bis zum 19. Juli.[5]) Wie man übrigens in Schweden über den Zweck der Gesandtschaft dachte, geht aus der eben angeführten Stelle bei Chemnitz hervor. Es heisst dort: „Es war sonst denen Chur-Brandenburgischen noch wol um etwas anders zu thun! Wovon aber der v. Leuchtmar vor dismahl noch nicht recht vor den Tag gewolt. Schrieb folgendes an einen vornehmen, vertrawten Freund: Er könte die Cron Schweden nicht verdencken, das Sie, bei sothanem der Sachen zustande, die Neutralität mit etwas harten Condicionen verknüpffet; So er verhoffete, da künfftig könnten gelindert werden. Bezeugte sonsten, das Er von Stockholm gar wolgemuth geschieden, dabey andeutend: Wie von dem vornembsten gewerbe man dismahl nicht anders als per Parabolas geredet; weil die rechte Zeit noch nicht, damit herauszu-

1) U u. A. I, 522.
2) Droysen Pr. Polit. III, 1, 231.
3) Droysen Pr. Polit. III, 1, 231 Anm. 2 U. u. A. I, 539.
4) Droysen a. a. O. III, 1. 246.
5) Chemnitz, Gesch. des schwed.-deutschen Krieges III p. 16.

drucken. Führte die wort: Un bon mariage videra toutes les controversies de la Poméranie; Woraus die Intention genugsamb abzumercken, Massen auch von andern Orten gemeldet worden: Wie der Keyser und König von Polen mit dem jungen Churfürsten nicht wol zufrieden weren; befahrend das Er ein näher verträwlicher band mit der Königin und Cron Schweden suchen thete."[1])

Ein definitives Resultat dieser Sendung konnte, soweit wenigstens der Heiratsplan in Betracht kam, natürlich noch nicht erhofft werden. Wenn aber die Königin Christine in der auf ihren Befehl geschriebenen Fortsetzung ihrer eigenen Geschichte[2]) (bis 1632 reichend) zu dem Jahre 1640 anmerkt: „In diesem Jahre ordnete man zwei Reichräte an die Königin ab, um ihr im Namen des Reichsrats ihre Vermählung vorzuschlagen, welche der Kurfürst von Brandenburg mit Anerbietung grosser Vorteile suchte. Die Königin antwortete darauf mit sehr gesetztem Geiste und vieler Weisheit und schlug sie gänzlich ab" — so ist weder das Jahr richtig noch die „gänzliche Ablehnung" für die erste und auch die 1642 erschienene zweite Gesandtschaft den Thatsachen entsprechend, wie aus dem Folgenden hervorgehen wird.[3]) Auch die Bemerkung, welche Christine zu der unter 1641 gemachten Angabe: „Der Kurfürst von Brandenburg verlangte von Schweden die Neutralität und erlangte sie" hinzufügte: „Er bot ausser der Neutralität seinen Sohn der Königin zum Gemahle an" zeigt, dass auf die Notizen der Königin weder nach Zeit noch Inhalt grosser Verlass ist, denn Georg Wilhelm war bereits am 1. Dezember 1640 gestorben und hat um Christinens Hand nach dem Bruche mit Schweden nicht geworben. Diese Irrtümer sind indes verzeihlich, da die Königin ihre Anmerkungen erst 1686 und zwar aus dem Gedächtnis hinzugefügt hat.[4])

Bereits im Sommer 1642 ging eine **zweite Gesandtschaft nach Stockholm** ab. An der Spitze standen die

---

1) Pufend de reb. Suec. XIII, § 73 sagt über die Verhandlungen Leuchtmars: de matrimonio inter Reginam et Electorem per ambages jaciebat, quod nondum tempus maturum videretur ut palam de eo ageretur.

2) Arkenholz, Merkwürdigkeiten zur Geschichte der Königin Christine III, 1-57.

3) Arkenholz, a. a. O., III, 202.

4) Arkenholz, a. a. O., III, 58. Anm.

beiden bewährten Räte des Kurfürsten, die bereits von Gustav Adolf selbst zu Frankfurt a. M. in das Geheimnis des Heiratsplanes eingeweiht waren, der Kanzler von Götze und Rumelian von Leuchtmar. Die Abfahrt der stattlichen und allgemeines Aufsehen erregenden Gesandtschaft erfolgte am 1. August von Pillau. Ihre offizielle Instruktion war, in Sachen der verwitweten Schwedenkönigin Marie Eleonore, des Kurfürsten Tante, die, unzufrieden mit der Vormundschaft, am 23. Juli 1640 nach Dänemark geflohen war, zu vermitteln und den Waffenstillstand zum Abschluss zu bringen.[1]) Zu der Vermittelung in Angelegenheiten der Königin-Witwe hatte die oben erwähnte Gesandtschaft der Schweden nach Königsberg 1641 selbst die Veranlassung gegeben,[2]) allein der Umstand, dass der höchste Staatsbeamte Brandenburgs, der alte Kanzler, und noch dazu in wenig günstiger Jahreszeit zu dieser Sendung verwandt wurde, musste notwendig die Vermutung erwecken, dass es sich um wichtigere Zwecke, also um die Heirat handele.[3]) Und so war in der That die allgemeine Ansicht; ganz Europa horchte auf,[4]) und die zahlreichen Deutschen in den schwedischen Heeren tranken bereits auf das Wohl des jungen Paares.[5])

Ein bedenkliches Zeichen für die Stimmung der schwedischen Machthaber war allerdings, dass die junge Königin während der Zeit der Anwesenheit der brandenburgischen Gesandten auf Reisen geschickt war. Nach Pufendorf de reb. gest. Frider. Wilh. I, § 40 hatten Peter Brahe, Axel und Gabriel Oxenstjerna, „qui singularem in Electorem affectum verbis testabantur“, diese Reise veranlasst. Der Kanzler äusserte sich den Gesandten gegenüber sehr vorsichtig, er hielt zwar den Antrag für

---

1) Pufend. de reb. Suec. XIV, § 47, und de reb. gest. Frid. Wilh. I. § 40, U. u. A. I, 366 ff. Über die Flucht der Königin s. Pufend. de reb. Suec. XII, § 92. Anders Bougeant a. a. O., I, 6, p. 433.

2) S. p. 18 Pufendorf de reb. Suec. XIII, § 70: Exquirere quoque idem (scil legatus) jubebatur, quid animi circa Reginam matrem foret et Suecia profugam ut commodiore quam nunc loco degeret. Man wünschte, dass sie nach Brandenburg ginge.

3) Pufend. a. a. O. XIV. § 47,

4) Über das Verhalten Polens und des Kaisers s. oben p. 13 u. 17.

5) Chemnitz IV, 2, 103 und 104. Pufend. de reb. Suec. XIV, 44.

„billig und ehrlich und considerabel", wollte aber weder eine „Tröstung" noch „Misströstung" thun.[1]) Die Königin sollte selbst entscheiden, wenn sie volljährig geworden. Die Absendung der drei Reichsräte Åke Natt och Dag, Gustav Horn und Karl Bonde an die Königin nach Oerebro, um ihre Meinung einzuholen, kann wohl nur als ein Scheinmanöver der Oxenstjernas aufgefasst werden, und in ihrem Sinne musste auch die angebliche Antwort der Königin ausfallen. Nach einem Bericht des Åke Natt och Dag vom 2. September 1642 an den Kanzler habe Christine die Religion und die nahe Verwandtschaft als Hinderungsgrund angeführt.[2])

Der Erfolg der Gesandtschaft wurde in Königsberg nicht als ungünstig angesehen;[3]) ihr Zweck war ja mehr eine vorläufige Sondierung als feierliche Werbung, und so musste man zufrieden sein, dass die Entscheidung in der Heiratsangelegenheit bis auf die Mündigkeitserklärung der Königin, die nach $2^1/_2$ Jahren eintreten musste, verschoben war. Meinardus[4]) vermutet, dass die brandenburgischen Gesandten damals mit den Gegnern des Reichskanzlers heimlich Verbindungen angeknüpft hätten, in erster Linie mit dem Reichsfeldherrn Jacob de la Gardie und dessen Sohne Magnus, und dass diese Leute Aussichten für die Zukunft eröffnet hätten.

Der Kurfürst war sich gleich bei der Aufnahme des schwedischen Heiratsplanes darüber völlig klar, dass man in Schweden ein Haupthindernis für die Ehe in der Verschiedenheit der Religion finden würde. Darüber liessen schon die Verhandlungen mit Gustav Adolf keinen Zweifel.[5]) Sollte also die Werbung Aussicht auf Erfolg haben, so war es für den reformierten Kurfürsten von höchster Wichtigkeit, den lutherischen Schweden die deutlichsten Beweise zu liefern, dass sie von ihm für ihren Glauben nichts zu fürchten hätten, denn ein Religionswechsel war für ihn ausgeschlossen. Diesen Gesichtspunkt dürfen wir

1) U. u. A. I, p. 594.
2) Odhner, p. 80 u 81
3) Bougeant, I, 6, p. 436, der sich in der Jahreszahl irrt, spricht von einem ungünstigen Erfolge. l'Electeur eut grand soin de cacher son dépit et d'affecter beaucoup de satisfaction.
4) Prol. II p. LXI.
5) Die Religionsangelegenheit war auch auf der 2. Gesandtschaft nach Stockholm zwischen v. Götze, Leuchtmar und dem Reichskanzler besprochen worden. U. u. A. I, 593.

daher bei der Beurteilung der damaligen **Bestrebungen Friedrich Wilhelms auf kirchlichem Gebiete,** namentlich im Herzogtum Preussen, nicht ausser Acht lassen, wie noch in neuester Zeit von Kalweit in einer Abhandlung „Ein fürstliches Leichenbegängnis im 17. Jahrhundert, Altpr. Monatsschr. 1894, 31 Bd. geschehen ist. Auch Hugo Landwehr lässt diesen Punkt da, wo er über die Stellung des Kurfürsten zur lutherischen Kirche in Ostpreussen spricht, nicht genügend hervortreten.[1])

Friedrich Wilhelm war ein glaubenstreuer Reformierter und blieb es bis zu seinem letzten Atemzuge. Aber er war kein Fanatiker; er verstand seine Vorliebe für die eigene Kirche in Schranken zu halten und selbst seiner Abneigung gegen den Katholizismus den eigenen Unterthanen gegenüber Herr zu werden, so dass Pufendorf mit Recht von ihm sagt: Uti electori fixum sedebat cives suos nullo religionis discrimine pari clementia amplecti, ita ob solam sacrorum causam aliquem opprimi ferre non poterat.[2]) Durchdrungen von der Überzeugung, dass die lutherische und reformierte Lehre in den religiösen Grundfragen nicht von einander abwichen, erkannte er wie keiner seiner gekrönten Landsleute die innigste Interessengemeinschaft beider Kirchen, war aber weit davon entfernt, eine Vermischung beider Lehren herbeiführen zu wollen. Das hätte ihm auch übeln Dank von schwedischer Seite einbringen müssen. Mit Unrecht nennt ihn Willibald Beyschlag in der Schrift „der Grosse Kurfürst als evangelischer Charakter“ einen bewussten Vertreter der evangelischen Union.[3]) Sein ganzes Streben war darauf gerichtet, dieselbe Überzeugung, die ihn hinsichtlich des engen Verwandtschaftsverhältnisses zwischen beiden Kirchen beherrschte, auch den Lutheranern beizubringen, dadurch dem Gedanken der Parität Eingang zu verschaffen und so Frieden im Lande herzustellen und ein gemeinsames Handeln dem drohenden Katholizismus gegenüber zu ermöglichen.

Das Herzogtum Preussen, das in streng lutherischem Geiste reformiert war, zählte in seinen Grenzen nur wenige Calvinisten. Aber auch die wenigen waren den Ständen

---

1) Die Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms des Grossen Kurfürsten. Berlin 1894.

2) IX, § 71.

3) Landwehr, Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms des Grossen Kurfürsten.

ein Greuel; sie glaubten nach ihren Privilegien überhaupt keinen Reformierten im Lande dulden zu müssen, geschweige denn in hohen Ämtern.

Wenn nun Friedrich Wilhelm gleich beim Regierungsantritte Klagen über Klagen von den Ständen gegen seine Glaubensgenossen hören musste und es für angebracht hielt, Schritt für Schritt zurückzuweichen, so z. B. die Abberufung des reformierten Predigers in Memel zuzugestehen, das Versprechen zu geben, dass er die Geistlichen Bergius und Agricola bei seiner Abreise aus dem Lande mitnehmen wolle, dass in seiner Abwesenheit kein reformierter Gottesdienst gestattet und auf dem reformierten Kirchhofe keine Leichenpredigten gehalten werden sollten,[1]) — konnte er durch solche Nachgiebigkeit hoffen, seinem Ziele auch nur um einen Schritt näher zu kommen? Oder kann uns die von Landwehr[2]) angeführte Begründung befriedigen, dass wohl wesentlich die Besorgnis vor einer Einmischung Polens in diese Streitigkeiten den Kurfürsten zum Nachgeben veranlassten? Gewiss war eine vorsichtige Rücksichtnahme auf Polen geboten, und dass es der Kurfürst daran nicht fehlen liess, zeigt z. B. das Edikt, dat. Königsberg 30. Mai 1841, worin die Störung des römischen Gottesdienstes streng verboten wurde[3]), aber diese Vorsicht gegen Polen reicht nicht aus, um das auffallende Zurückweichen vor dem Eifer der lutherischen Preussen ganz zu verstehen. So lange nach Hoffnung vorhanden war, dem Kurfürsten eine polnische Prinzessin zu vermählen, brauchte dieser zu solch bitteren Zugeständnissen sich nicht herbeizulassen, hatte er doch sogar später, als es sich um die Bestattung des verstorbenen Kurfürsten Georg Wilhelm handelte[4]), eine Weisung der Krone Polen an die drei Städte Königsberg auszuwirken vermocht, dass die Predigt eines reformierten Geistlichen von einer lutherischen Kanzel nicht gestört werde.[5]) Ich erinnere

---

1) S. auch die Resolution des Kurfürsten, d. Königsberg 29. August 1641. U. u. A. XV, p. 290 ff.

2) a. a. O. p 149.

3) Lehmann, Preussen und die katholische Kirche I, 46 und Grube corpus constitut. Prutenicarum I, 148.

4) 12. März 1642.

5) Droysen, Pr. Polit. III, 1, 216 ne quid turbarum forte daretur per Lutheranos, ut sedulo praecaveant omnes turbas nec patiantur ullos motus concitari dum Dr. J. Bergius orationem funebrem habiturus esset in templo arcis.

ferner an die günstige Revision der Zollverhältnisse, die ihm am 5. Dezember 1641 die Befreiung von jeder polnischen Kontrolle der Zollverwaltung einbrachte.[1]) Eine ausreichende Erklärung für die Haltung des Kurfürsten in den kirchlichen Fragen des Herzogtums kann ich, abgesehen von der ihm eigenen Toleranz, nur darin finden, dass ihm unendlich viel daran lag zu zeigen, welch milden Herrn die Lutheraner in ihm hätten, und wie wenig das Misstrauen der Schweden gegen den reformierten Bewerber um die Hand ihrer Königin gerechtfertigt sei. Mögen wir immerhin die Friedenbestrebungen des Grossen Kurfürsten auf konfessionellem Gebiete als einen Ausfluss seiner toleranten Gesinnung hinstellen, des politischen Hintergrundes dürfen wir dabei nicht vergessen, zumal in einer Zeit, in der sein Streben nach so hohen Zielen stand. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnt sein Schreiben an die preussischen Oberräte vom 26. April 1642, worin er auf die traurigen Folgen der Zänkereien unter den Evangelischen Deutschlands hinweist, eine erhöhte Bedeutung und nicht weniger seine Erklärung, dass er sich zur confessio Augustana von 1530, zur Apologie und dem kleinen lutherischen Katechismus bekenne und dass er der Ceremonieen wegen niemand verdammen werde. So erklärt sich auch sein Wunsch, zwischen Lutheranern und Reformierten eine Disputation auf dem Schlosse zu Königsberg zu veranstalten zu einer Zeit, die für eine Annäherung oder gar Aussöhnung der feindlichen Brüder so unpassend wie möglich gewählt schien; denn durch den erzwungenen Zutritt des reformierten Geistlichen zur lutherischen Kanzel in der Schlosskirche waren die Gemüter zu stark erregt, als dass die Disputation irgend welche Aussicht auf einen günstigen Ausgang haben konnte. Vergeblich erklärte der Kurfürst, dass es ihm nie „in den Sinn gekommen, einigen Menschen mit Gewalt oder auch mit List zu der

---

1) U. u. A. XV. 229. Breysig sagt hier mit Recht im Hinblick auf die Politik Friedrich Wilhelms Polen gegenüber: „sehr nachgiebig in den Formalien, leidet (er) nicht den geringsten Eingriff in seinen realen Machtbesitz, ja er trotzt dem übermächtigen Gegner Konzessionen ab . . . Dies geschah in demselben Augenblicke, in dem sich Friedrich Wilhelm von der ganz und gar auf ein Einverständnis mit Österreich und Polen gerichteten Politik, die sein Vater befolgt hatte, entschieden abwandte und mit Schweden Waffenstillstand schloss.“ —

reformierten Religion zu nötigen oder zu bringen",[1]) vergeblich bewilligte er auf dem Landtage alles, was in Kirchensachen gefordert wurde, — die lutherische Geistlichkeit verhielt sich gegen die Disputation schroff ablehnend.

Mochten nun auch die irenischen Bestrebungen in Preussen zunächst gescheitert sein, jedenfalls hatte der Kurfürst einen überzeugenden Beweis seiner toleranten Gesinnung gegen seine andersgläubigen Unterthanen geliefert. Und dass er die Hoffnung auf einen Ausgleich noch nicht aufgegeben, zeigt sein Eifer für das Thorner Colloquium (18. Oktober 1645); auch dieses entbehrte des politischen Hintergrundes nicht.[2])

Wenden wir unsern Blick nach **Stockholm**. Christine sagt in ihrer Autobiographie mit stolzem, aber nicht unberechtigtem Selbstbewusstsein von sich: „Ich war in einem solchen Range und in solchen Glücksumständen geboren, dass ich unter allen Männern denjenigen aussuchen konnte, der am meisten nach meinem Sinne gewesen wäre; denn es war niemand in der Welt, der sich nicht für glücklich gehalten haben würde, wenn ich ihm meine Hand hätte geben wollen." Und in der That, sie hätte mit Penelope in der Anzahl der Freier wetteifern können.[3]) Wir müssen uns jedoch auf die wichtigsten beschränken.

Ausser den beiden Söhnen des Königs von Dänemark, Friedrich und Ulrich, von welchen der letztere sich sogar der Gunst der Königin-Mutter erfreute[4]), sind der Herzog August von Sachsen, Administrator von Magdeburg, der Pfalzgraf Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken,

---

1) Landwehr a. a. O. p. 152.

2) Pufend. de reb. Suec. XIV, 49. Prot. II, p. CVII, Anm. 3, I, 174. Bezeichnend für den Kurfürsten ist auch ein kleiner Vorgang, den Chemnitz IV, 3 p. 164 zum Jahre 1643 erwähnt. Der Kurfürst habe neulich zweien seiner Geistlichen, D. Bergio und Agricolae, einige die Religion (deren Unterscheid der Heirat sehr im Wege zu sein geschienen) betreffende Fragen vorgestellet, auch von denselben eine Antwort nach seinem Wunsch und Begehren empfangen; worüber er sehr froh worden, stracks zu seiner Frau Mutter in ihr Zimmer geeilet und derselben, wie er nunmehr Vota Theologorum auf seiner Seite hätte, Bericht gethan. U. u. A. I. p. 520.

3) Arkenholz, Merkwürdigkeiten zur Geschichte der Königin Christine I. p. 157 ff.

4) U. u. A. I, 587.

der Graf Magnus Gabriel de la Gardie und Erich Oxenstjerna, des Kanzlers jüngster Sohn, zu nennen. Die beiden dänischen Prinzen kommen als Rivalen des brandenburgischen Kurfürsten kaum in Betracht, und der sächsische Prinz, dessen Werbung sich der Gunst Frankreichs zu erfreuen hatte, gewann für die schwedische Politik eine zeitlang nur dadurch Bedeutung, dass man hoffte, durch diesen Plan Sachsen von der Bundesgenossenschaft mit dem Kaiser abzuziehen.[1])

Um so gefährlicher waren der junge Pfalzgraf und Graf Magnus de la Gardie. Ersterer stand der jungen Königin von früher Jugend an am nächsten. Er war der Sohn Johann Kasimirs von Pfalz-Zweibrücken und Katharinas, einer Halbschwester Gustav Adolfs. Diese waren nach der Schlacht am Weissen Berge nach Schweden geflüchtet, und hier wurde ihnen zu Nyköping am 24. November 1622 Karl Gustav geboren. Johann Kasimir stand bei Gustav Adolf in hohem Ansehen, so dass ihm das Schatzmeisteramt übertragen wurde, und seine Gemahlin leitete die Erziehung der jungen Königin. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Thronfolge in Schweden hatten die klugen Eltern den jungen Sohn im lutherischen Glauben erziehen lassen, und schon im Frühjahr 1633 liessen sie ihre Hoffnungen auf eine eventuelle Thronfolge ihres Sohnes laut werden.[2]) Karl Gustav fühlte sich ganz als Schwede und war wegen seiner soldatischen Tugenden und seines freundlichen Wesens beim Volke sehr beliebt. Wenige Monate vor dem Regierungsantritte des Grossen Kurfürsten war er von einer mehrjährigen Reise ins Ausland nach Schweden zurückgekehrt. Christine hatte sich ihm in ihrer Jugend selbst anverlobt, konnte sich aber später doch nicht entschliessen, ihr Versprechen zu erfüllen; sie hat wohl nie für ihn Liebe empfunden. Karl Gustav hoffte auf ihre Hand bis ins Jahr 1649. Die Aristokratie Schwedens und besonders die Oxenstjernas waren gegen das pfälzische Haus.[3])

---

1) U. u. A. I, 413. Balt. Studien V, 1. 16. Geijer III, 277 Anm. 3, wo aus Richelieus Memoiren VII, 282 eine auf den sächsischen Heiratsplan bezügliche Instruktion für den französischen Gesandten Feuquières abgedruckt ist.

2) Geijer III p. 257, ff

3) Ibid III, 411 ff. Carlson, Gesch. Schwedens p. 5 u. 10.

Der Graf Magnus de la Gardie, Sohn des Feldmarschalls Jacob de la Gardie, eines der Vormünder Christinens, war der beneidete Liebling der Königin, den sie mit den Zeichen ihrer Gunst förmlich überschüttete.[1]) Zweiundzwanzigjährig begann er 1644 seine öffentliche Laufbahn, und sein Einfluss wurde so stark, dass selbst der hochverdiente Kanzler Axel Oxenstjerna durch ihn in die Ungnade der Königin geriet.[2]) Gerade in der Zeit, als der Kurfürst von Brandenburg seine Werbung in Stockholm energisch wiederholte und diese wichtige Frage zur Entscheidung zu bringen trachtete, erfreute er sich der grössten Zuneigung der Vielumworbenen. Il se voit aimé de la Reine avec une ardeur très-violente schrieb Chanut, der französische Gesandte an Christinens Hof, am 7. Juli 1646 von ihm.[3])

Die Kandidatur Erich Oxenstjernas scheint mehr von anderen als von den Oxenstjernas selbst aufgestellt zu sein[4]); besonders treten Frankreichs Bemühungen und Absichten hierbei hervor. Um nämlich den Kanzler Oxenstjerna für sich zu gewinnen, instruierte Richelieu 1633, als die Verhandlungen zu Heilbronn bevorstanden, seinen Gesandten Feuquières: Quant au chancelier Oxenstjern il falloit, qu'il eut soin principalement d'acquérir sa confiance et son amitié et l'assurer, que le roi vouloit embrasser ses intérêts de toute son affection et qu'il appuyeroit le mariage de son fils avec l'héritière de Suède . . .[5]) Dieser Plan fand bei dem Kanzler keinen Anklang, wurde aber von seinen Feinden gegen ihn benutzt.[6]) Die Königin selbst scheint überzeugt gewesen zu sein, dass der Kanzler diese Absicht nicht gehabt habe, doch hielt es Oxenstjerna später für nötig, seinen Sohn zu bitten, sich möglichst bald zu vermählen, um allen Verdacht zu ersticken.[7]) Wenn nun auch der Kanzler und seine mächtige Familie nicht daran denken mochten, die

1) Geijer III, p. 391 ffl. Droysen III, 1, 256.

2) Über die Neigung der Königin zu M. G. de la Gardie s. Carlson, Gesch. Schwedens p. 11, Anm. 1.

3) Carlson a. a. O.

4) S. auch Mauvillon I, 450.

5) Mém. de Richelieu VII, 285. Pufend. de reb. Suec. V, § 18.

6) Dazu gehörten das Haus de la Gardie, die Prinzen von der Pfalz. Torstenson, Salvius s. Arkenholz I p. 106 ff.

7) Brief d. Stockholm 29. Juni 1647. Geijer III, 282. Arkenholz III, 68 u. 103.

Hand der Königin für einen der Ihrigen zu gewinnen, so waren sie doch entschlossen, keinen Bewerber, der ihnen nicht genehm, sein Ziel erreichen zu lassen. Es entsprach wohl dem Wunsche dieser mächtigen Partei am meisten, dass die Königin ehelos blieb und Schweden wieder ein Wahlreich würde. Nur keinen fremden Herrscher! In einem „regnum electicium“ könnte, nach des Kanzlers Äusserung, „der Reichsräte Kinder auch noch eins dazu kommen“.[1]) Und in diesem Streben standen die Oxenstjernas nicht allein. Der grösste Teil des hohen Adels hatte während der langen Regentschaft am Regieren Gefallen gefunden. Recht bezeichnend hierfür ist, dass die Anfangsworte des vom Kanzler gemachten Entwurfs für eine neue Regierungsform nach dem Tode Gustav Adolfs: „Schweden ist ein Erbreich, kein Wahlreich“ auf Grund der Vorstellungen des Reichsrats von Axel Oxenstjerna fortgelassen wurden.[2]) Die Änderung wird ihm nicht schwer geworden sein. Auch in einem Schreiben an den Kurfürsten von Brandenburg d. 28. März 1635 hiess es: Novit Dilectio vestra Regnum Sueciae ab antiquo electivum fuisse. Den fremden Diplomaten war dieses Streben nach einer Adelsrepublik nicht fremd. Wir haben dahingehende Äusserungen vom Grafen Trautmannsdorf[3]), vom venetianischen Gesandten Contarini[4]) und anderen. Der französische Resident la Borde meinte: „Wir Bauern wollen Könige werden“. Selbst Christine warf dem Reichsrate diese Absichten vor, als er seine Zustimmung zur Thronfolge Karl Gustavs nicht geben wollte (24. Februar 1649), indem sie zornerfüllt rief, sie wisse wohl, dass der Senat wieder das Wahlreich und die Aristokratie in Schweden einführen wolle; die Pläne des Kanzlers und des Truchsessen, die Hoffnungen der Oxenstjernas und Brahes wären keine Geheimnisse; sie hätten vom Streit der Erbprinzen ums Reich gesprochen: ob es denn besser wäre, wenn dasselbe künftig ein Zankapfel zwischen ihren eigenen Kindern würde?[5])

Der **Kanzler Oxenstjerna** war jedenfalls der grösste

---

1) Balt. Studien V, 1. 63.
2) Geijer III, 259 ff.
3) U. u. A. IV, 405.
4) U. u. A. IV, 379 ff. Vergl. auch Baltische Studien V, 1. 24 u. 131.
5) Geijer III, 414.

Gegner der brandenburgischen Heirat;[1]) keinen Herrscher fürchtete er mehr als den jungen Hohenzollern.[2]) Der alte erfahrene Diplomat hatte den Kurfürsten von seinem Regierungsantritte an scharf beobachtet und seine hervorragenden Herrschereigenschaften schnell erkannt. Friedrich Wilhelm war ihm einer der Herren, die „so erfahren und dergestalt beschaffen, dass sie den Rat bei sich selber hätten und keines Einredens bedürften.“[3]) Er nennt ihn einen principem pervivaci ingenio[4]) und ist besorgt für die Freiheit der Stände. Die Befürchtung, dass der Kurfürst mit seinen Erbländern genug zu thun habe und sich um Schweden nicht viel kümmern werde,[5]) war vielleicht von seinem Standpunkte aus nicht ganz unberechtigt, und seine Überzeugung, dass er dem jungen Herrn gegenüber seinen bisherigen Einfluss auf die schwedische Politik nicht behaupten werde, können wir wohl verstehen.

Die Gesinnung des vom Kanzler geleiteten schwedischen Reichsrats gegen Brandenburg spiegelt sich deutlich in den Verhandlungen über den Waffenstillstand wieder. Die Schwierigkeiten, welche hierbei den Unterhändlern des Kurfürsten von Seiten der Schweden bereitet wurden, liessen es, wie bekannt, überhaupt zu keinem formellen Abschlusse kommen. War die Lage der Schweden auf dem Kriegsschauplatze weniger günstig oder drohten neue Gefahren, wie 1643 durch die im Werden begriffene nordische Koalition zwischen Dänemark, Polen und Russland, so zeigten sie sich dem Kurfürsten entgegenkommender[6]) und eröffneten neue Aussichten auf die Vermählung, räumten auch wohl einige besetzte Plätze,[7]) war aber die Gefahr vorüber, so wurde die Sprache wieder drohend. Gegen schwere Geldzahlungen und Getreidelieferungen konnte der Kurfürst nur eine cessatio hostili-

---

1) Er war in einer Sitzung des Reichsrats allein gegen die Heirat. U. u. A. IV, 425 Balt. Stud. V, 1, 56.

2) Das Urteil Oxenstjernas über den Grossen Kurfürsten s. bei Meinardus Prot. II, p. CVIII.

3) U. u. A. I. 596.

4) Pufend. de reb. Suec. XIV, 49.

5) Pufend. a. a. O. cui cum splendidum matrimonium sit, Sueciam minus cordi fore.

6) Pufend. de reb. Suec. XV, 85.

7) Odhner, p. 86 und 87.

tatis erlangen. Jeder unbedeutende Zwischenfall vermochte die Feindseligkeiten aufs neue zu erwecken.

Man hatte schon über drei Jahre gearbeitet, wie Conrad von Burgsdorf sagt,[1]) und wusste nicht, was man recht an Schweden hatte. Auch eine von Chemnitz IV, 3, 94 erwähnte Gesandtschaft des Barons von Effern im Sommer 1643 hatte die Heiratsangelegenheit nicht gefördert.[2]) Die äussere Lage Brandenburgs gestaltete sich sogar sehr bedrohlich, so dass sich die Notwendigkeit geltend machte, durch neue Rüstungen sich mehr auf eigene Füsse zu stellen und mit Frankreich[3]) und den Niederlanden engere Fühlung zu suchen. Im Herbste 1643, also zu einer Zeit, in der die Hoffnung auf die schwedische Heirat noch keineswegs erschüttert war, wurde der Grund zum preussischen Heere gelegt.[4])

Solche Verhältnisse geben uns auch die genügende Erklärung für die Instruktion der zum westfälischen Friedenskongress abgesandten brandenburgischen Vertreter.[5]) Dass der Heiratsplan hierin, wie auch in den zunächst folgenden Resolutionen mit keinem Worte erwähnt wird, ist, wie wir gesehen haben, nicht auffallend; dass aber die Gesandten angewiesen wurden, auch den Schein besonderer Hinneigung zu Schweden zu vermeiden, verdient hervorgehoben zu werden. Die Gesandten sollten mit den Schweden „in Visiten und sonsten so parce es immer möglich umgehen, damit Wir im widrigen Falle deshalber bei I. Kais. Maj. Uns nicht in einigen Verdacht setzen und dennoch auch von ihnen keine solche gänzliche Alienation erweisen, dass Wir, wo nöthig, Uns alle Communication mit ihnen abgeschnitten haben mögen.“ In ipsis congressibus sollten sie stets ad latus der kaiserlichen

1) Prot. II. p. LXXX.

2) Pufend. de reb. gest. Frid. Wilh. I, § 44, U. u. A. I, p. 597.

3) Am 25. Juni (5. Juli) 1644 äusserte Burgsdorf im Geheimen Rat in Gegenwart des Kurfürsten, als es sich um Anknüpfungen mit Frankreich handelte, wenn S. Ch. D. nicht zur Heirat mit Schweden käme, sähe er keine andere als die Roan (wohl Marguérite, Tochter des Herzogs Heinrich von Rohan), denn S. Ch. D. müssten einen Rücken haben. Prot. II, 517.

4) Prot. II, p. XCII ff.

5) U. u. A. IV, 351—376. Die Instruktion ist datiert Cölln a. Spr. 28. Januar (7. Februar) 1645.

Gesandten sein und sich öffentlich als dero Assistenten bezeichnen.[1])

Mit der **Grossjährigkeit der Königin** musste man endlich zur erwünschten Klarheit gelangen. Alle angedeuteten Schwierigkeiten liessen sich überwinden, wenn Christine ihrem kurfürstlichen Bewerber geneigt war. Auf sie allein kam schliesslich alles an. Dabei müssen wir aber daran erinnern, dass die Zeit einer entscheidenden Werbung des Kurfürsten nicht günstig war, denn gerade 1644 begann, wie wir oben gesehen haben, Magnus Gabriel de la Gardie seine öffentliche Laufbahn, und die Lage der Schweden auf dem Kriegsschauplatze gestaltete sich durch die Siege Torstensons so glücklich, dass sie weniger denn je auf die Haltung des Brandenburgers Rücksicht zu nehmen gezwungen waren.

Die Königin feierte am 8. Dezember 1644 ihren 18. Geburtstag und übernahm die Regierung.[2]) Die Verhandlungen wegen der Vermählung wurden vom brandenburgischen Kanzler v. Götze mit einem Schreiben an den schwedischen Reichskanzler Oxenstjerna den 7./17. Februar 1645 aufs neue eröffnet. Es erinnert an die Pläne, welche Gustav Adolf 1632 ihm und dem nunmehr verstorbenen v. Leuchtmar mitgeteilt habe. Das vornehmste impedimentum, weshalb ihm und Leuchtmar bei der letzten Anwesenheit in Stockholm keine gewisse Resolution zu teil geworden, sei jetzt beseitigt. Der Kurfürst, von der ganzen absteigenden kurfürstlichen linia allein noch übrig, habe nunmehr das 25. Jahr compliret; er müsse auf Nachkommenschaft bedacht sein, „dan was vor gefährliche mutationes auf solche Fälle, wenn ad collaterales die successiones transferiret werden, zu folgen pflegen, haben wir bishero mehr aus andere als unsere eingenommene exempla erfahren.“ Auch Schweden müsse auf die Begründung (Erbauung) des königlichen Hauses durch die jetzt regierende Königin bedacht sein „dieweil es die vicissitudinem rerum mehr als wir in diesem statu erfahren.“ Er bemerkt, dass manche die Heirat mit Schweden fürchteten, andere Vorschläge machten und drohten. Er bittet deshalb um Erklärung, ob diese Alliance den erwünschten Fortgang haben werde und wie in diesem Falle

1) U. u. A. IV, 369 und 370.
2) U. u. A. I, 151. Prot. II, 663.

zu verfahren sei. v. Götze selbst hat ein grosses persönliches Interesse daran, „indeme ich umb keiner andern Ursach willen verfolget worden bin, als dass man mich beschuldiget, ich suchte nur gar zu grosse und enge Freundschaft zwischen der Krone Schweden und diesem Stat zu stiften.[1]) Es giebt Leute, die nur ab eventu judiciren und damit grosser Herren Ohren so lange zu reiben pflegen, bis sie dieselbe zur Alteration bewegen.“

An demselben Tage ging ein Schreiben der Königin-Witwe Marie Eleonora von Schweden, die jetzt in Preussen weilte,[2]) an ihre Tochter ab. Es war von Conrad v. Burgsdorf eigenhändig verfasst und von der Königin abgeschrieben. Sie rühmt das freundliche Entgegenkommen des Kurfürsten, der wie ein Sohn für sie sorge. Sie erwähnt, dass sie von ihm die Ämter Insterburg und Holland zu ihrem Unterhalte bekommen habe, und dass er ihr, da sie die preussische Luft nicht vertragen könne, auch zu Cölln zu residieren gestatten und ein märkisches Amt einräumen wolle, aber das Land sei zu arg verwüstet. Sie bittet daher, die von den Schweden besetzten Plätze räumen zu lassen und auf die Kontribution zu verzichten, dafür würde der Kurfürst ihr dann die schwedischen Unterhaltsgelder von 30000 Thlr. jährlich selbst zahlen. Sie wünscht die Vermählung mit dem Kurfürsten, die Tochter möchte der Mutter ihr Herz entdecken. Der Sache müsste einmal ein Ende gemacht werden. Schliesslich gedenkt sie der Verdienste Conrads von Burgsdorf und empfiehlt ihn ihrer Gnade.[3])

Auch der Kurfürst schrieb an Oxenstjerna und bat um Evakuierung der noch besetzten Plätze und um Aufhebung der drückenden Kontribution.

Diese Schreiben übergab der brandenburgische Resident in Stockholm, Schlezer, am 11/21. Mai dem Reichskanzler in Suderacker, wo dieser sich gerade aufhielt. Die Antwort Oxenstjernas war nicht ermutigend. Nach Schlezers Bericht äusserte er, Götzen solle sich gedulden, bis er nach etwa acht Wochen nach Stockholm zurückkomme; categorice könne er dem Kanzler nicht antworten, er müsse aus dem eigenen Munde der Königin hören; er

1) Bezieht sich auf den Sturz v. Götzens unter Schwarzenberg. cf. Prot. I p. XXV ff. Pufend. de reb. Suec. VII, 29.
2) Ihr Aufenthaltsort war das Schloss zu Insterburg 1643–48.
3) Prot. III p. 47—50.

bat, beim Kurfürsten alles zum Besten zn deuten. In betreff der Räumung der Plätze etc. liess er Schlezer gar nicht aussprechen. Er sei mit Geschäften überladen, dabei alt und schwach. Er hätte schon Götzen und Leuchtmar gebeten, ihn damit zu verschonen und müsste er's bald ausdeuten, wie es in invidiam sui geschehe, dass man bei ihm absonderlich eine und andere Sache suchte, da er doch das Königreich nicht regierte. Man müsse sich an die Königin und die Reichsräte wenden. Er wollte nur sagen, nunquam se hujus consilii fore auctorem und setzte hinzu, non sit alterius, qui suus esse potest.[1]) In einer spätern Audienz äusserte sich Oxenstjerna etwas freundlicher, ohne sich jedoch bestimmter auszulassen.[2])

Damals wurde von schwedischer Seite der Plan angeregt, dass der Kurfürst persönlich nach Stockholm reisen solle, um sich die Braut zu gewinnen.[3]) So äusserte der schwedische Gesandte Johann Oxenstjerna in Osnabrück zu dem brandenburgischen v. Löben, er glaube, dass es mit der Heirat gut gehen werde, aber der Kurfürst müsse selbst nach Schweden reisen; wer das Feuer haben wolle, müsse es in der Asche suchen. Auch Gustav Adolf sei in Person nach Berlin gekommen, um die Braut zu sehen.[4]) Schlezer berichtet in einem Schreiben an Burgsdorf,[5]) dass der Leibarzt der Königin, Dr. Joh. Matthiae, mit dem er Freundschaft geschlossen, und der mehr als sonst jemand bei der Königin vermöge, seine Dienste zugesagt und einem guten Freunde gegenüber geäussert, der Kurfürst käme nicht anders und nicht schneller und erwünschter zum Ziel als durch eine Reise nach Schweden. Schlezer empfiehlt für Matthiae ein Präsent. Der Kurfürst war der Reise nicht abgeneigt,[6]) ja er hielt sie für nötig, um seine Rivalen, besonders den Pfalzgrafen, durch sein persönliches Erscheinen zu überwinden, wenn

---

1) Wird auch als ein Ausspruch der Königin im Hinblick auf die Ehe angeführt. U. u. A. I, 595.

2) Prot. III, 136—140.

3) Diesen Gedanken hegte der Kurfürst schon im Jahre 1642 einmal, als v. Götze und v. Leuchtmar in Stockholm waren. U. u. A. I. 520.

4) Löben an Burgsdorf, Osnabrück 10./20. Mai 1645 Prot. III p. 116.

5) 20./30. Mai 1645 Prot. III p. 123. Nochmals abgedruckt Prot. III, 135.

6) U. u. A. I, 520.

er nur sicher wäre, dass er ohne Schimpf bleiben und nicht etwa mit dem Korbe aus Schweden zurückkommen würde.[1]) Er legte seinen Geheimen Räten in Berlin die Frage vor, ob und wie er nach Schweden fahren und wie man sich gegen Polen verhalten solle.[2]) Die Geheimen Räte v. Götze, Putlitz, Ribbeck, Stripe erklärten sich gegen die Reise, so lange man nicht grössere Sicherheit für den Erfolg habe. Die Bedingungen der Heirat müssten vorher festgestellt werden. „Man müsste so nit hineinplumpen." Falls die Reise unternommen würde, sei es ratsam, sie incognito anzutreten und dem Kaiser erst vom Schiffe aus Nachricht zu geben. Jedenfalls müsste man die Antwort vom Reichskanzler abwarten.[3])

Das Projekt kam nicht zur Ausführung. Trotz allem Ersuchen wurde weder das Schreiben der Königin-Witwe noch das des Kanzlers v. Götze beantwortet.[4]) Der Reichsrat war mächtig genug, jeden unliebsamen Einfluss der Mutter auf die junge Königin zu verhindern, vielleicht sogar ihre Briefe zurückzuhalten. An dahin zielenden Andeutungen fehlt es jedenfalls nicht. So berichtet v. Löben an Burgsdorf, der schwedische Gesandte in Osnabrück, Salvius, habe ihm geraten, dass der Kurfürst per tertias personas die Affektion bei der Königin erwerben liesse; am besten könnte das die Königin-Witwe durch Schreiben. Die Briefe dürften aber nicht in die Hände der Geheimen Räte fallen. Man solle solche Schreiben an ihn (Salvius) schicken, er werde sie der Königin zustellen. Wenn die Sache bei ihr richtig wäre, würden die Stände nicht widersprechen, so gross sei ihre Autorität.[5]) Löben machte auch den Vorschlag, den natürlichen Sohn Gustav Adolfs, Gustav Gustavson, der nach Schweden reisen wolle und von der Königin sehr geliebt werde, zu gewinnen und ihm das Schreiben der Königin-Witwe mitzugeben. Der Graf Wittgenstein, das Haupt der brandenburgischen Gesandtschaft beim Kongress, war mit Gustavs Gemahlin, einer Gräfin v. Wied, befreundet und begab sich daher auch am 3. August nach

---

1) Burgsdorf an Löben, Königsberg 12. Juni 1645. Prot. III p. 127. U. u. A. I p. 520.

2) Prot. III p. 128. Schreiben d. Königsberg 13. Juni 1645.

3) Prot. III p. 155 ff.

4) Prot. III, 310. Schreiben des Kurfürsten, d. Königsberg 30. November 1645.

5) d. Osnabrück 20./30. Juni 1645. Prot. III, 166.

„Vhörden“ zu Gustav Gustavson. Mit welchem Erfolge, ist nicht bekannt.[1])

Die Zeit verrann, und man kam in der Heiratsangelegenheit nicht weiter. Oxenstjerna stand nach dem am 13. August 1645 mit Dänemark abgeschlossenen Frieden mächtiger da als je zuvor. Es war für ihn die Zeit gekommen, den Schritt zu thun, der, wie er wohl wusste, am sichersten die ihm lästige Werbung des Brandenburgers lähmen oder ganz beseitigen musste. Wohl konnte über die Absichten der Schweden auf Pommern kein Zweifel obwalten, allein sie waren bis jetzt mit ihrer Forderung auf dem Kongresse nicht offen hervorgetreten. Da liess der Reichskanzler, gerade als der Kurfürst durch einen neuen Gesandten in Stockholm zur Entscheidung drängte, am 18./28. Oktober 1645 zum erstenmal „platt heraus“ erklären, dass **Schweden ganz Pommern** als Satisfaktion verlange. Aus dem Munde des Grafen Salvius, desjenigen schwedischen Gesandten, der noch am meisten das Vermählungsprojekt begünstigte und ein Vertrauter der Königin war, hatte diese Erklärung eine um so schwerere Bedeutung.[2])

Die Lage des Kurfürsten war kritisch. Noch wenige Wochen vorher[3]) hatte er dem französischen Gesandten de Brégi in Königsberg gesagt, dass seine Sicherheit und Ehre die Rückgabe Pommerns als Vorbedingung für die Verhandlungen über die Heirat verlangten,[4]) und jetzt stellten die Schweden dieselbe Forderung.[5])

An diplomatischen Gegenzügen liess es Graf Wittgenstein in Osnabrück nicht fehlen. Er erklärte z. B., dass dem Kurfürsten andere stattliche Heiraten angeboten seien, so mit der Madame d’Orléans; ein französischer Legat sei in dieser Angelegenheit nach Preussen gereist, und Fabian von Dohna, der vom Kurfürsten zu

---

1) Prot. III, 188 ff.

2) Über die beiden schwedischen Gesandten auf dem Kongress, Johann Oxenstjerna und Salvius, und ihr feindseliges Verhältnis zu einander s. Odhner p. 110 ff.

3) September 1645.

4) U. u. A. II p. 10.

5) Oxenstjerna befahl den Legaten in Osnabrück in einem Schreiben vom 10. November 1645, auf Brandenburg keine Rücksicht mehr zu nehmen; man sollte dem Fasse den Boden ausschlagen und ausdrücklich kund thun, dass man unter keiner Bedingung auf Pommern verzichte. Odhner p. 108.

diplomatischen Missionen gebraucht wurde und damals gerade in Osnabrück weilte, gab auf Bitten Wittgensteins Salvius zu verstehen, dass man von hohen katholischen Orten dem Kurfürsten für gewisse Fälle grosse Aussichten gemacht habe, er aber dem Evangelium treu geblieben sei. Diese Mitteilungen schienen zwar ihren Eindruck auf den schwedischen Gesandten nicht zu verfehlen: er bat sich nicht zu übereilen, es sei noch nichts abgeschlagen, bei der Königin sei nichts gesucht und anbieten könne sie sich nicht, auch sei Oxenstjerna nicht mehr gegen die Heirat[1]) — indes auf die Heirat allein kam es dem Kurfürsten eben weniger an, er wollte durch sie sein pommersches Erbe gesichert sehen, und auf eine getrennte Behandlung beider Fragen durfte und wollte er sich nicht einlassen.[2])

Gemäss dem Wunsche des Reichskanzlers, dem die Aufsehen erregende Gesandtschaft Götzes und Leuchtmars im Jahre 1642 unangenehm gewesen war, hatte der Kurfürst einen „envoyé“ in der Person des Geheimen Rats **Christoph Benckendorf nach der Hauptstadt Schwedens** gesandt,[3]) wo derselbe am 30. September (10. Oktober) 1645 anlangte. Von dem Erfolge seiner Mission hing alles ab. Benckendorf sollte sich den Anschein geben, als ob er in privaten Angelegenheiten die Reise unternommen habe. Am 4./14. Oktober übergab er dem Reichskanzler das Handschreiben des Kurfürsten und erhielt am 5./15. Oktober eine geheime Audienz. Oxenstjerna gab auch jetzt noch nicht einen bestimmten Bescheid. Neben zwei anderen, schon verhandelten Negotien, meinte er, sei diese Frage die schwerste und wichtigste Materie, so ihm im ganzen Leben vorgekommen, weswegen es ihm nicht zu verdenken sei, dass er sich Zeit nehme, es zu überlegen. Er wies in der Audienz auf die Geistlichen hin, die verlangen würden, dass der König bei der Krönung auf die Augsburgische Konfession, die zu den leges fundamentales des Reichs gehöre, schwöre, und fragte, welches Mittel sei, Schweden und den Kurfürsten in diesem Punkte auszugleichen. Die Antwort Benckendorfs, dass der Kurfürst die Kurmark und Preussen ohne Je-

1) Prot. III, 258.
2) v. Löben erklärte, dass der Kurfürst extra pacta dotalia n nichts willigen würde. Balt. Stud. V, 2, 74.
3) U. u. A, IV, 438.

mandes Beschwer in der Religion regiere und dass er noch viel weniger in Schweden jemandem hinderlich sein werde, dass er die lutherische Predigt besuche und bei den Beamten keinen Unterschied in der Religion mache, konnte natürlich in den Augen der Gegner der brandenburgischen Kandidatur und besonders Oxenstjernas dieses Hindernis nicht beseitigen. Der Reichskanzler verwies die Angelegenheit an den gesamten Reichsrat und hielt auch mit seiner eigenen Meinung zurück, obwohl der Kurfürst ihn darum dringend ersucht hatte, damit bei schlechter Hoffnung lieber alles verschwiegen bliebe.[1])

Die Berichte Benckendorfs, verbunden mit den Nachrichten über die Vorgänge auf dem Kongress, erschütterten die Hoffnungen des Kurfürsten sehr. In einer Resolution vom 30. November an die Geh. Räte in Berlin giebt er seinen Befürchtungen Ausdruck. Eine solenne Ambassade, die damals angeregt wurde, würde nicht verborgen bleiben können und ihm eventuell öffentlichen Schimpf bringen. Er will dem Werke noch einen Anstand geben bis zu seiner Hinauskunft (nach der Mark), die bald nach Neujahr erfolgen soll, und hofft, in kurzem mehr Gewissheit zu erlangen.[2])

Endlich konnte Benckendorf melden, dass der Staatssekretär ihm die Resolution vom Reichskanzler überbracht habe.[3]) Ihr Inhalt war folgender: Viele fundamenta verhinderten die Sache fortzusetzen 1. diversitas religionis und dass die Klerisei ein besonderes Absehen haben würde, es zu desuadiren, 2. die nahe Blutsfreundschaft; denn wenig Historien ausweisen, dass solche Heiraten glücklich gewesen wären, 3. Bedenken, ob beide Gemüther aus Liebe kegen einander, die Crone aufs Haubt zu setzen, Belieben tragen würden; denn er habe oft beobachtet, ob bei Nachrichten über Vorbereitungen, welche der Kurfürst zur Hochzeit mache, die Königin sich entfärbe oder sonst Miene mache, daraus zu verspüren, ob einige Neigung vorhanden sei. Davon habe er nichts gemerkt.[4]) — Die unter 1 und 2 angeführten Bedenken, waren also dieselben, die einst der brandenburgische Geh. Rat und die reformierte

---

1) Relationen Benckendorfs vom 10.—28 Oktober (20. Oktober bis 7. November) 1645. Prot. III, 263.
2) Prot. III, 310.
3) Stockholm, 26. November (6. Dezember) 1645.
4) Prot. III, 312.

Geistlichkeit unter Georg Wilhelm gegen Gustav Adolfs Plan geltend zu machen versuchten.[1])

Benckendorf bot dem Staatssekretär vergeblich eine Summe Geldes; sie wurde mit Hohn zurückgewiesen: „Ob er zu Kaufe für dergleichen, so wollte er noch wohl etwas Mehreres für seine Person geben.“

Dennoch sah der Staatssekretär die Verhandlungen hiermit noch nicht als abgebrochen an. Er riet, da die „Bediente“, welche der Kurfürst in Schweden habe, (Ostau und Schlezer) nicht „tanti“ seien, um solches Werk zu betreiben, eine Person von Qualität incognito hinzusenden, „welche die gute grace der Damen möchte gewinnen und nicht verantwortlich kegen die Religion“ sei. Dieser Vertraute solle aus der Königin Munde ihren Entschluss vernehmen. Auf dem im Januar zusammenkommenden Reichstage könnte die Sache zu Ende gebracht werden.[2])

Der Kurfürst gab auch jetzt seine Sache noch nicht verloren. Er hielt sogar die gewünschte Sendung eines Gesandten von Distinktion für nötig.[3]) Jedenfalls wollte er die Abfertigung Benckendorfs abwarten. Die politische Lage zwang ihn zu dieser vorsichtigen Haltung. Er musste Zeit gewinnen für die Sicherung Brandenburgs, denn das Verhalten der Schweden war so drohend geworden, dass man gegen Ende des Jahres 1645 und besonders in den ersten Monaten 1646 sichere Anzeichen eines bevorstehenden Angriffs derselben auf Brandenburg zu erkennen glaubte. Ils (d. Schweden) sont en état de rupture avec Brandebourg, schrieb Brienne am 23. Dezember 1645.[4]) v. Löben berichtete, dass wenn die Heirat nicht vor sich gehen und die Friedensverhandlungen sich zerschlagen sollten, die Länder des Kurfürsten leicht durch die Schweden in grosse Gefahr geraten möchten, indem sie in dem Kurfürstentum wie in Preussen alles mit Feuer und Schwert verderben dürften, um den Kurfürsten aller Mittel zur Revanche zu berauben. So habe er von einem vornehmen Schweden gehört.[5]) Schlezer sandte Warnungen aus Stockholm;[6]) am 3./13. Januar 1646

---

1) S. oben p. 6.
2) Prot. III, 312.
3) Prot. III, 331.
4) Droysen, Pr. Polit. III 1, 298.
5) Prot. III, 316.
6) Prot. III, 337. 339.

konnte er von grossen Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande melden.[1])

Das Verhalten der **schwedischen Gesandten in Osnabrück** bestätigte die Gefahr. Johann Oxenstjerna drohte geradezu mit Waffengewalt und versuchte die Pommern von diesem „coryphaeus der Calvinisten“ abzuziehen, da er ihre Religion nicht unangetastet lassen würde.[2]) Am 1. Februar 1646 thaten Joh. Oxenstjerna und Salvius beim Grafen Wittgenstein einen Schwur, dass die Krone Schweden für Pommern es auf einen frischen Krieg ankommen lassen würde,[3]) und der brandenburgische Gesandte trank am 28. Februar Joh. Oxenstjerna zu auf das Zerschlagen des Friedens.[4]) Anfang März wurde ein Handstreich der Schweden auf Preussen und namentlich auf Pillau befürchtet.[5])

Wenn trotzdem die schwedischen Gesandten auf dem Kongress immer wieder auf die Heirat zurückkamen, sie als eine res integra hinstellten und meinten, die Werbung würde zu „kaltsinnig“ betrieben,[6]) so war die Vorbedingung doch immer Pommern für Schweden,[7]) und v. Löben hatte jedenfalls recht, wenn er meinte, dass sie hierdurch nur die Zustimmung des Kurfürsten zu dieser Erwerbung erlangen wollten; wenn sie die weg hätten, möchten sie traktieren, aber so schwere Bedingungen stellen, dass sie unmöglich zu acceptieren seien. So wäre Pommern weg, und aus dem matrimonio würde auch nichts.[8]) Zugleich bezweckten die Gesandten durch den immer erneuten Hinweis auf die schwedische Heirat, eine andere, ihnen unangenehme Verbindung des Kurfürsten, insonderheit mit einer französischen oder oranischen Prinzessin, zu verhindern.[9])

---

1) Prot. III, 354.
2) Balt. Studien V, 1, 32. 44. U. u. A. IV, 413.
3) Balt. Studien V, 1, 30.
4) Balt. Studien V, I, 62.
5) U. u. A. IV, 421 ff. 429. Balt. Studien V, 1, 73.
6) Prot. III, 392 und öfter.
7) U. u. A. IV, 442. 443.
8) Balt. Studien V, 2, 58 ff. Salvius äusserte „die Königin liesse sich auch vernehmen, so lange der Kurfürst ihr nicht Pommern lasse und darin konsentieren würde, hätte sie sich schlechter Freundschaft von ihm zu versehen. Balt. Stud. V, 2, 76.
9) Die schwedischen Gesandten machten noch Ende Oktober und Anfang November 1646 Hoffnung auf die schwedische Heirat. U. u. A. IV, 462. 464. 465. 466. Sie scheuten sich nicht, die ora-

Am bedenklichsten war für den Kurfürsten der Umstand, dass **die Mächte auf dem Kongress** anfingen, die Abtretung Pommerns als ein „durum telum necessitatis“ (Äusserung des venetianischen Gesandten) zu betrachten und im Begriffe waren, um nicht an der pommerschen Frage, diesem „universalis cuneus pacis“, das ganze Friedenswerk scheitern zu lassen, ohne Brandenburg über das Herzogtum zu entscheiden.[1]) Der Kurfürst beschloss daher auf den Vorschlag seiner Räte, sich an Polen, Dänemark, die Staaten und selbst den Kaiser mit dringenden Vorstellungen zu wenden und ihnen klar zu legen, welche Gefahr der schwedische Besitz von Pommern für sie habe.[2]) Er will auch durch den extraordinari Ambassadeur am polnischen Hofe, Vicomte de Brégy, „welcher vor wenigen Tagen Uns allhier (Königsberg) zugesprochen“[3]) Frankreich um Hilfe angehen.[4]) Besonders bedeutungsvoll wurden die mit Holland angeknüpften Verhandlungen. Dieser Staat hatte wegen seines lebhaften Ostseehandels das grösste Interesse an Pommern,[5]) und das Scheitern der schwedischen Hoffnungen musste den jungen Fürsten notwendigerweise auf ihn hinweisen. Das oranische Heiratsprojekt trat an die Stelle des schwedischen, noch bevor dieses völlig beseitigt war.[6])

Bei aller Vorsicht und Heimlichkeit konnte der regere diplomatische Verkehr mit den Staaten nicht verborgen bleiben, und die Königin Christine hörte trotz ihrer immer stärker hervortretenden Abneigung gegen die Ehe eifersüchtig auf jede Nachricht aus dem Haag über den neuen Heiratsplan des Kurfürsten. Schon am 13./23. Dezember 1645 schrieb Schlezer an v. Löben, dass die Kö-

---

nische Prinzessin selbst in Missachtung zu bringen: sie sei nicht schön, dazu böse und stände im Geschrei. Balt. Stud. VI, 2, 103 und 105. S. auch VI, 2, 81 und 91, V, 1, 27 und 64.

1) U. u. A. IV, 406. 411. 432—34. 439.

2) Relat. d. Cölln 26. Nov. (6. Dez.) 1645 Prot. III, 313. Salvius spricht wegen der angeknüpften Verhandlungen Befürchtungen aus. 21. April/1. Mai 1646. U. u. A. IV, 438.

3) S. oben p. 36.

4) Prot. III, 331.

5) Erdmannsdörffer U. u. A. IV Einl p. 23 ff.

6) Abgesehen von der Sendung Blumenthals nach dem Haag, die bereits 1640 erfolgt war, sind hier die Unterhandlungen durch Winand Roth (Anfang 1645), Fabian v. Dohna (Ende 1645) und Ewald v. Kleist (Frühjahr 1646) zu erwähnen.

nigin ihrem medico gesagt, der Kurfürst bewerbe sich um die Prinzessin von Oranien.[1])

**Benckendorfs Audienz bei der Königin** hatte denn auch kein anderes Resultat, als nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten war. Sie erklärte ihm, dass die Religion und nahe Blutsverwandtschaft ein unauflösliches Hindernis sei, auch wolle sie zur Zeit nicht heiraten.[2]) Burgsdorf berichtet dies aus Königsberg d. 8. März 1646 an Wittgenstein und fügt hinzu, dass eins wenigstens zu rühmen sei, die Königin wie Oxenstjerna hätten sancte versprochen, diese Sache zu keines Menschen Wissenschaft kommen zu lassen. „Mir aber und allen andern S. Ch. D. ehrlichen, treuen Dienern,“ fährt er fort, „will nun nicht anders obliegen, weil man in der schwedischen Heirat gottlob die Maske vom Gesicht gethan und man sich der im geringsten nicht zu getrösten, denn S. Ch. D. täglich und stündlich anzuflehen, sich umb eine freundholdselige und tugendreiche Gemahlin umbzuthun.“ Er versichert dabei, dass wegen der Werbung um des Prinzen von Oranien älteste Tochter noch kein Wort verloren sei.[3])

Für den Kurfürsten war nun keines Bleibens in Königsberg mehr, wo er trotz der Bitten seiner Geh. Räte in Berlin, in die Mark zu kommen, nicht zum wenigsten wegen des leichtern Verkehrs mit Stockholm so lange geblieben war.[4]) Seine letzte Resolution von Königsberg an den Geh. Rat ist datiert vom 12. Mai 1646. Um den Schweden keinerlei Anlass zum Beginn der Feindseligkeiten zu geben, verspricht er, das dringend verlangte Ratifikations-Instrument des Armistitii an Löben zu schicken. Die Diskurse über die Heirat seien immer noch ungewiss. „Alle bishero an der Gegenseite geführte actiones und andere dabei ferner eingelaufene Umbstände haben uns auch alle Hoffnungen so gar benommen, dass Wir uns einige fernere Gedanken nicht machen können noch mögen. Müssen demnach die disfalls gehaltenen Discursse zwar dahin gestelt sein lassen, Unsere Gesandte aber darauf

---

1) Prot. III, 337. Balt. Studien V, 2, 76.

2) Prot. III, 392. — Von einem eigenhändigen Schreiben der Königin an den Kurfürsten und ihre Mutter, dass die Heirat der Religion wegen nicht sein könnte, spricht Löben den pommerschen Gesandten gegenüber Balt. Stud. VI, 2. 56.

3) Prot. III, 392 ff.

4) U. u. A. IV, 406/407, 409.

ferner zu instruiren oder Uns durch dieselbe in einigerlei Weise weiter herauszulassen, finden wir noch zur Zeit und bei solcher grosser Ungewissheit gar nicht thunlich.“ Er bedarf für seine weiteren Entschlüsse hinsichtlich Pommerns des Einratens seiner Geh. Räte, „da Wir alhier von Räthen niemanden, der Unserer Staat- und Reichssachen dermassen als insonderheit ihr, der v. Götz und Strip, kundig ist, umb und bei uns haben.“[1])

Seinen Gesandten auf dem Kongress schreibt er an demselben Tage, dass man sich nach den neuesten Erfahrungen in der schwedischen Heiratsangelegenheit keinen Täuschungen mehr hingeben dürfe; man wolle ihn nur hinhalten und von andern Gedanken abziehen; er halte es weder für ratsam noch thunlich sich hierauf weiter herauszulassen.[2])

Am 14. Mai verliess der Kurfürst Königsberg,[3]) am 5. Juni gedachte er in Cölln a. d. Spr. zu sein.[4]) In Marienwerder traf er mit Benckendorf zusammen. Dessen Bericht veranlasste ihn zu einer neuen Resolution an seine Gesandten, worin er weitere Verhandlungen mit Schweden in dieser Angelegenheit ablehnte. Diese Erklärung gab er, weil nach dem Berichte seiner Gesandten sowohl Joh. Oxenstjerna wie Salvius immer noch nicht die Hoffnung aufgeben wollten und auf eine neue Gesandtschaft nach Stockholm drangen.[5])

Man könnte hiernach glauben, dass der Kurfürst die so lange Jahre gehegte Hoffnung nunmehr endgültig begraben hätte, wenn nicht die Schlussworte der angeführten Resolution uns eines andern belehrten. „Es wäre denn Sach“, heisst es da, „dass sich seithero und nach besagten Benckendorfs Verreisen die Gemüther und Consilia des Orts gar geändert und wir dessen genugsam versichert würden.“[6]) Damit waren die Gesandten wieder ins Ungewisse versetzt, zumal jetzt schwedischerseits in Osnabrück alles aufgeboten wurde, die Sache wieder in Fluss zu bringen.[7])

---

1) Prot. p. 461. U. u. A. IV, 439.
2) U. u. A. IV, 439.
3) U. u. A. IV, 439.
4) Prot. III, 459.
5) Der Geh. Rat hielt es nicht für ratsam, abermals Gesandte nach Schweden zu schicken, damit der Kurfürst sich nicht prostituierte. Balt. Stud. V, 2, 56.
6) U. u. A. IV, 440.
7) U. u. A. IV, 442. 443. 446.

In Küstrin traf der Kurfürst mit seinen aus Berlin herbeigerufenen Räten und dem aus Osnabrück herbeigeeilten von Löben zusammen. Die hier am 1., 5. und 6. Juni (n. St.) stattgehabten Verhandlungen sowie die Beratung am 25. Juni in Berlin waren entscheidend für die brandenburgische Politik.[1]) Der Kurfürst war begreiflicherweise in sehr gedrückter Stimmung und gab seinem Unmut über die bisherigen Misserfolge seiner Politik deutlichen Ausdruck. Doch der alte Kanzler v. Götze liess sich nicht einschüchtern; er verteidigte mutvoll die bisherige Politik. Er wies darauf hin, dass der Kaiser sowie Kursachsen schon früher halb Pommern preisgegeben, dass die Ansprüche der Schweden auf das Herzogtum nicht erst jetzt aufgetaucht seien und dass ohne das Verlassen der schwedischen Partei, was wider der Räte Willen geschehen, der Kurfürst wohl in den Besitz des Landes hätte kommen können. „Dass S. Ch. D. Sich commovierten, würde mehr schaden als den Sachen helfen. Darum riete er, dass S. Ch. D. erst Sich Selbst überwinde; dann würde es mit der Sachen auch sein können.“ Er will keinen Krieg mit Schweden, sondern lieber etwas weggeben und schlägt Äquivalente vor.

Die schwedische Heirat will er noch nicht fallen lassen, aber er will Bedingungen stellen. Der Kurfürst solle nicht des Nachts allein König sein, die Kinder sollten succedieren, es solle Freiheit der Religion herrschen, beide status, d. h. die von Brandenburg und Schweden, dürften nicht konfundiert werden.

Dass man den Schweden einen Teil von Pommern abtreten müsse, war auch die Meinung der übrigen Räte, von der Heirat aber wollten sie nichts mehr wissen. Burgsdorf bat, um Gottes willen von der Heirat die Gedanken abzuwenden, der Reichskanzler sei des Kurfürsten Erzfeind, und von Löben hält alles, was hinsichtlich des matrimonium vorgegangen, für Betrügerei. Doch will er rem in integro erhalten, bis man sich wegen Pommerns verglichen. Der Kurfürst schloss sich nach einiger Überlegung der Meinung seiner Räte an.[2]) Am 22. Juni

1) Prot. III, 465—470. 492 ff.

2) Am 18./28. Juni erklärte der Kurfürst aufs neue, dass er von der immer und immer wieder von Salvius gewünschten neuen Gesandtschaft nach Stockholm nichts wissen wolle. U. u. A. IV, 445. Salvius meinte, es müsste dazu ein capabel und annehmlich

(2. Juli) 1646 schrieb er von Berlin aus seinen Gesandten, dass er sich mit einem Teile Pommerns gegen ausreichende Äquivalente begnügen wolle, und giebt zugleich seinem endgiltigen, sicherlich unter schweren inneren Kämpfen errungenen **Entschlusse, der schwedischen Heirat zu entsagen,** Ausdruck. Aus den Trostesworten, die er sich selbst spendet, klingt ein wohlverständlicher, wehmütiger Zorn. „Man hat uns lange genug mit Heiraten umgeführt und möchte es wohl noch weiter, da man uns albereit cathegorice abgewiesen und soviel zu verstehen gegeben, dass Wir uns nichts ferneres hierunter bemühen.“ Er meint, dass die Heirat viel Bedenkliches gehabt hätte, da er nur der Gemahl der Königin geworden, von der Regierung aber ausgeschlossen gewesen wäre; die Kinder wären wie Fremde im Lande gewesen und nur durch Wahl successionsfähig, ganz anders als es einst von Gustav Adolf gemeint sei. Es wäre für ihn geradezu schimpflich gewesen, wenn er der Königin nur „als etwan ein Kämmerer“ hätte aufwarten sollen. Er hätte schliesslich nur die Ehre der Subscription gehabt, und die Schweden würden auch den Staat in Deutschland an sich gezogen haben.[1])

Der nordische Flug des jungen Adlers war beendet. Sein Ziel hatte er zwar nicht erreicht, aber nicht flügellahm und vom Spotte verfolgt, kehrte er zurück; er hatte seine Kräfte erprobt, und mit Furcht und Bewunderung blickte man zu ihm auf.

Der Grosse Kurfürst war Realpolitiker im eminentesten Sinne des Wortes. Was er nicht mit Schweden hatte gewinnen können, das hoffte er auch jetzt noch, trotz des augenblicklichen Nachgebens, gegen Schweden zu erringen.[2]) Und dazu sollten ihm Holland und die Hand einer oranischen Prinzessin helfen.

---

Subjectum, so ein sauer Gesicht vorlieb nehmen und der Königin und den Reichsräten die Notdurft kecklich zureden könnte, gebraucht werden. U. u. A. IV, 446.

1) U. u. A. IV. 447.

2) Balt. Stud. VI, 1, 39 und 42: Man sollte mit den Traktaten nicht zu sehr eilen in Hoffnung auf die Staaten. U. u. A. IV, 471.